

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 50 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### Sie sind bankrott!

Seit zwei Tagen schleppt sich im Reichstag eine ebenso langweilige Debatte zwischen den Freihändlern und Schutzöllnern hin. Das Resultat derselben ist nicht uninteressant; es zeigt, daß beide Systeme bankrott sind.

So lange in Deutschland der Freihandel und mit ihm Rauferei obenauf waren, hörten die wirtschaftlichen Krisen nicht mehr auf; es entstand Mangel an Beschäftigung für die Arbeiter, die sogenannten Ueberproduktions- und eise überall sich fühlbar machende Unsicherheit des Erwerbs und der Existenz. Nun haben wir in Deutschland Schutzöllner und siehe da, die gleichen Erscheinungen sind noch immer vorhanden; die wirtschaftliche Katastrophe ist genau dieselbe geblieben.

Wenn die Sache nicht an sich so ernst wäre, so würde es lächerlich sein, wie sich die beiden feindlichen Richtungen, Schutzöllner und Freihändler, gegenseitig für die wirtschaftliche Misere verantwortlich machen.

Die Schutzöllner sagen: „Seht, die Getreidepreise sind womöglich noch niedriger als vor der letzten Zollung; die Freihändler haben somit Unrecht gehabt, als Hauptplätzen, durch die Getreidezölle würden die Preise der Getreide und Brod in die Höhe getrieben!“

Darauf antworten die Freihändler: „Die Getreidepreise sind nicht in die Höhe gegangen; sie sind vielmehr noch mehrfach gefallen. Wir haben also Unrecht gehabt, als wir sagten, daß die Getreidezölle ganz schädlich seien!“

Wer hat nun Recht? Nun, Beide haben Recht insofern, als mit diesen Argumenten allerdings nachgewiesen ist, daß die beiden wirtschaftlichen Systeme, Schutzöllner und Freihandel, nicht zu bestehen vermögen, uns aus unserer wirtschaftlichen Misere zu befreien. Das zeigt sich nunmehr deutlich genug.

Aber was jetzt thun? Es giebt immer noch geschickte Leute, welche gleich wissen. Da kommt Herr von Kardorff, der „Volkswirth“, und behauptet, alles Uebel käme nur von der Silberwährung, und das Silber entwerthe. Man brauche nur die Goldwährung einzuführen und dann sei allen die Bevölkerung sofort geholfen.

Schön gesagt! Wenn aber Herr von Kardorff meint, man solle sich etwas ernst nehmen, so täuscht er sich. Das bringt Arbeit, lohnenden Verdienst und Schutz gegen die Ausnutzung seiner Kräfte. Kommt Verdienst unter beiden Klassen und erhöht sich deren Konsumtionsfähigkeit, so gehen alle Geschäfte besser und die ganze Gesellschaft profitirt davon. Das ist sehr einfach einzusehen; für Kardorff und Genossen freilich nicht. Sie tappen in dem Nebel der Währungsfrage herum.

Dann stritten sich die Herren Schutzöllner und Freihändler über die Ueberproduktion. Die Betonung dieser Sache war den Freihändlern offenbar sehr unangenehm; deshalb ritten die Schutzöllner auch mit besonderem Behagen auf der „Ueberproduktion“ herum. Aber haben uns die Schutzöllner vor der sogenannten Ueberproduktion bewahren können? Mit nichten!

Stellte man ein Budget auf, in dem enthalten wäre, wieviel unser Volk insgesamt ungefähr brauchte, um ein Leben der Humanität entsprechendes Dasein zu führen, so würde man finden, daß für diesen Zweck noch lange nicht genug produziert wird. Das steht eben so fest, wie, daß sich die Produktion durch zweckentsprechende Einrichtungen und Umänderungen sehr bedeutend steigern ließe, aber der vielgerühmte Hebel unserer wirtschaftlichen Thätigkeit, die angebliche Seele aller Betriebsamkeit, das Privatinteresse, vermag nicht so viel zu leisten, daß der eigentliche Bedarf der Gesellschaft gedeckt werden könnte. Wenn nun auch die Leistungen der heutigen Produktion beschränkt sind, so bleiben doch eine Menge von aufgestapelten Waaren liegen infolge der gesunkenen Konsumtionskraft der Massen. Das ist die sogenannte Ueberproduktion, die sonach nur ein sehr relativer Begriff ist. Sie würde sofort aufhören bei der Erhöhung des Volkseinkommens. Der gegenwärtigen Produktionsform wohnt aber offenbar die Tendenz inne, die Löhne hinabzudrücken und Arbeitskräfte überflüssig zu machen. So kommt man aus dem Unheil nicht heraus.

Der Weg zum Kampfe gegen die wirtschaftliche Misere zeichnet sich demnach ganz von selbst vor. Erhöhung des Volkseinkommens durch Verkürzung der Arbeitszeit und Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf die in diesen Blättern so häufig schon dargelegte Weise — das wäre ein Mittel, nicht um das Uebel zu beseitigen, aber doch um einigermassen Abhilfe zu schaffen. Wir glauben auch, daß die Schutzöllner dies begreifen, so gut wie die Freihändler. Aber sie scheuen sich vor den Konsequenzen solcher Reformen; sie fürchten, damit ihr eigenes Interesse zu beeinträchtigen. Und das ist für sie ein Kräulein rühr' mich nicht an.

So streiten sie sich denn, statt nach einem gesunden neuen Gedanken zu suchen, über die alten abgestandenen Gemeinplätze herum und beschuldigen sich gegenseitig, die wirtschaftliche Misere herbeigeführt zu haben. Wir haben nichts dagegen, wenn sie sich gegenseitig kritisch vernichten und wir glauben ihnen recht gerne, daß beide Richtungen völlig bankrott sind. Das Volk glaubt's ihnen auch.

### Politische Uebersicht.

Von Herrn Reichstagsabgeordneten Seine erhalten wir noch folgende Zuschrift: „Zunächst zu meiner Erklärung in der gestrigen Nummer des „Berliner Volksblatt“ weise ich den Vorwurf, während meiner Gast falsche Angaben unter-

Verpflichtung meines Ehrenwortes gemacht zu haben, mit Entschiedenheit zurück. Dies mein letztes Wort in dieser Sache.

Russische Repressalien in Sicht. Die „Kreuztg.“ läßt sich merkwürdigerweise aus Paris melden: „Die Nachricht, daß die russische Regierung eine Massenausweisung von Deutschen nicht russischer Staatsangehörigkeit aus Rußland verfügt habe, hat darin ihren Grund, daß von Petersburg Nachforschungen in den Gouvernements angeordnet worden sind, um zu ermitteln, ob ausländische Familien seit Generationen in Rußland wohnen, ohne das Unterthanenrecht nachgesucht zu haben. Dieser Gewohnheit soll mit der Zeit durch Androhung von Ausweisungen der betreffenden Personen gesteuert werden.“ Mit anderen Worten, die russische Regierung ist mit der Anfertigung der Liste der auszuweisenden Deutschen beschäftigt.

Die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn Gottburgers scheint in gewissen Kreisen sehr verschmäht zu werden. So läßt sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ aus dem Wahlkreis Flensburg, dessen Vertreter genannter Herr war, folgendes schreiben: „Es hat in deutschen Kreisen auf das Beilichste berührt, daß der Reichstag, nachdem ca. 1 1/2 Jahre seit der Wahl unseres Reichstagsabgeordneten, Reichsrath Gottburger, verfloßen, zu dem überraschenden Resultat gelangte, dessen Mandat als ungültig zu erklären. Die deutschen Wähler sind wohl ohne Ausnahme und ohne Unterschied der Parteirichtung darüber einig, daß das von den Flensburger Polizeibehörde angewandte Verfahren gelegentlich der Abhaltung einer Wahlversammlung von ein paar hundert Sozialdemokraten, möge dasselbe nun gegen das Vereinsgesetz verstoßen oder nicht, auf den Gesamtverlauf der Wahl irgend welchen Einfluß auszuüben nicht vermochte. Die Wahl des Herrn Gottburger galt bei allen Wählern deutscher Nationalität als geschehen zu Stande gekommen, deshalb erregt die Entscheidung der Reichstagsmajorität, die sich zusammensetzt aus den Gegnern einer wahrhaft nationalen Politik, hier im Kreise mancherlei Bitterkeit. Die Vorbereitungen für eine noch anzuberaumende neue Wahl werden von der dänischen gesonnenen Partei mit großer Mühseligkeit schon jetzt getroffen. Zweifellos wird von den Dänen der frühere Reichstagsabgeordnete und spätere Nebenwähler des Reichstagsabgeordneten, Generalagent Gustav Johannsen, aufs Neue aufgestellt werden. Es ist von mir schon früher darauf hingewiesen, daß die dänische Parteipolitik über eine musterhafte Organisation verfügt. Der Kampf für die deutsche Sache, der uns nun bevorsteht, wird daher kein leichter sein; vor Allem erscheint es geboten, daß die Gemäßigtenkonservativen und die Liberalen ein festes Bündniß schließen, welches die Wiederwahl des Reichstagsabgeordneten Gottburger, der sich nach seiner gesammten Haltung im Reichstage ein durchaus tüchtiger Parlamentarier und als Kompromißkandidat der Deutschen in des Wortes bester Bedeutung auszuweisen hat, sichert. Das Zusammengehen der beiden Richtungen wird, weil der extreme Fortschritt im Kreise selber nur wenig einflußreiche Anhänger findet, mit Bestimmtheit erwartet werden können. Wenn die Kassirung des Mandats den ruhebedürftigen Politikern auch einzelne Ungemüthslichkeiten bereitet, da erfahrungsmäßig die Wahlkämpfe in den Grenzdistrikten einen schärferen Charakter anzunehmen pflegen, so wird das Pflichtgefühl über die allgemeine Wahlmüdigkeit hinweg helfen.“

### Heute

### Dunkle Gestalten.

Ablung aus dem sozialen Leben der Gegenwart von Karl Zielle. [12

Man, denn vorwärts! Offenbar empfand er das Bedürfniß, sich selbst Muth zuzusprechen zu müssen. Hastig sah er dem Klingelzug und gleich darauf ertönte der Klang der Glocke.

Gleich darauf wurde die Korridorthür ein wenig geöffnet. Im Innern schien eine Sicherheitskette angebracht zu sein.

„Guten Abend,“ sagte der Außenstehende. „Guten Abend, Sie wünschen?“

„Ich möchte Fräulein Martha sprechen.“

„Ich höre, wie die Sicherheitskette entfernt wurde. Wollen Sie nicht näher treten,“ sagte Martha, sie trat vorher von ihrer Gesangsprobe bei dem Direktor nach Hause zurückgekehrt, sie hatte ihren Besucher an Stimme jedenfalls nicht erkannt. Julius dagegen fühlte in einem Gefühl der Freude durchzuckt, er trat vor in den Korridor. Das Mädchen schloß hinter ihm die Thür und legte die Sicherheitskette vor.

„So, mein Herr, wollen Sie recht eintreten, ich mache Licht. Ich wohne hier ganz allein, Sie müssen schon entschuldigen, ich war heute fast den ganzen Tag zu Hause.“

Julius trat in das Zimmer, während Martha nach der Thür eilte, um die Lampe anzuzünden. In dem Zimmer war alles noch nicht geordnet, Julius trat an den Tisch und blickte von oben auf die Gaslaternen.

„Wo ist das junge Mädchen mit der Lampe zurück?“

Der volle Lichtschein fiel auf Julius, der sich hastig umwandte.

„Sie sind es, Herr Winkler?“ fragte sie mehr entsetzt als erstaunt, „was wünschen Sie von mir?“

Sie blieb mit der Lampe an der Thür stehen. „Nun, ich wollte Dich besuchen, ist vielleicht etwas Schlimmes dabei?“

Sie sah ihn mit ihren großen Augen verächtlich an, dann setzte sie, einer plötzlichen Eingebung folgend, die Lampe auf den Tisch.

„Nehmen Sie Platz, Herr Winkler,“ sagte sie scheinbar ruhig, „ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß meine Zeit ziemlich gemessen ist.“

„So?“ entgegnete er, indem er sich auf einem Stuhl niederließ, „ich finde das nicht hübsch von Dir, es gab eine Zeit, wo Du mich mit Sehnsucht erwartetest, wo ich solange bei Dir bleiben konnte, wie ich wollte!“

Er sagte diese Worte mit ungeheurer Bitterkeit, und es schien ein Gefühl wahrhafter, aufrichtiger Traurigkeit zu sein, die ihn übermannte. Sie sah ihn prüfend an, und ein Strahl heimlicher, dämonischer Freude blitzte in ihrem dunklen Auge auf.

„Sprechen wir nicht mehr davon, Herr Winkler,“ entgegnete sie mit sanfter Stimme, „die Zeiten sind ja doch vorüber, weshalb wollen wir uns gegenseitig das Herz schwer machen.“

„Martha, Du magst es mir glauben oder nicht, ich habe Dich stets geliebt und werde Dich immer lieben. Wie sonderbar Dir das auch erscheinen mag, ich fühle es aber, daß ich ohne Deinen Besitz stets unglücklich bleiben werde!“

„Sie wollen mich zum Besten haben, Herr Winkler,“ entgegnete sie resignirt, „bedenken Sie den gewaltigen Unterschied zwischen uns Beiden, denken Sie an meine Vergangenheit, denken Sie an mein bestes Leben, was kann ich gefallenes Mädchen Ihnen sein, es ist das Beste, wir

sehen und nie wieder, Sie überlassen mich meinem Schicksal, ich würde doch nur ein Fluch für Sie sein.“

„Und wenn ich das Alles nicht wollte, wenn ich nach meinem eigenen Sinn handeln würde, was würdest Du dann sagen?“

„Es ist alles Thorheit!“

„Ja, Thorheit mag es sein, wenigstens die Menschen mögen es Thorheit nennen, was bezeichnen Sie nicht Alles mit diesem Namen! Ich habe gelitten, Martha. Seitdem ich Dich gestern nach langer Zeit wieder sah, da kam mir die Erinnerung an jene lieblichen Stunden, die wir mit einander verlebten, hast Du nie an jene Stunden zurückgedacht?“

„O, ja,“ sagte sie seufzend, und ein Blick voll kalten Hohns, voll glühenden Hasses traf ihr Gegenüber. „Gewiß habe ich an jene Stunden zurückgedacht, und ich glaube, wir sprachen sogar noch gestern Abend davon!“

„Weshalb kommst Du gerade auf gestern Abend zu sprechen? Gesetze es mir ein, Du zürst mir, Du haßst mich?“

Er sah sie mit seinem wilden, verzehrenden Blick so sehnüchtig an, sein sonst so mattes, abgepanntes Gesicht glühte förmlich. Sie bemerkte die Veränderung mit unsäglichlicher Freude, so konnte sich kein Mensch vorstellen, er mußte ein tiefe, wahrhafte Zuneigung zu ihr gefaßt haben.

Was kümmerte es sie, ob das räthselhaft, unerklärlich war, sie zerbrach sich den Kopf nicht darüber, sie sah die vollendete, wirkliche Thatsache vor sich, und das genügte ihr. Sie hätte aufjauchzen mögen vor Jubel, wild pochte ihr das Herz im Busen, aber nicht vor Freude über die Liebe, es war ein ganz anderes Gefühl, welches sie besetzte.

Nache schrieb ihr jeder Nerv, jede Faser zu, Rache für ihre geraubte Jugend, Rache für ihr gemordetes Kind, Rache für ihren entehrten, ruinirten Bräutigam. Sie war blaß geworden im Gesicht, ihre großen dunklen Augen blickten

Das die Entscheidung des Reichstags bei einigen Deuten Bitterkeit erregt hat, wollen wir gerne glauben. Aber solch ein bitterer Genuß hat sich noch regelmäßig als ein gutes Mittel gegen gewisse Krankheiten bewährt, und es ist daher anzunehmen, daß auch im Hensburger Wahlkreis die abführende Wirkung nicht ausbleiben wird.

Dem Bundesrathe ist die Uebersicht der Geschäfte beim Reichsgerichte während des Jahres 1885 zugegangen: Danach waren in Zivilsachen im vorigen Jahre anhängig 2180 Sachen. Davon sind 400 an die vorige Instanz zurückverwiesen; 111 sind unter Entscheidung in der Sache selbst erledigt; auf Zurückweisung oder Verwerfung der Revision ist in 1352 Sachen erkannt. Von Strafsachen waren 3881 anhängig. Davon 3437 erledigt, und zwar durch Verzicht oder sonst ohne Gerichtsbeschuß 39, durch Beschluß, in welchem die Revision für unzulässig erachtet ist, 404; durch Beschluß, welcher die Unzuständigkeit des Reichsgerichts ausspricht, 6; durch Urtheil 2989. Es bleiben unerledigt 244. Die Zahl der Urtheile, ergangen auf Revisionen gegen Urtheile, beträgt 2790. Die Reichsanwaltschaft hatte zu bearbeiten Strafsachen (Revisionen, Register D.) 6429, ehrengerichtliche Sachen gegen Rechtsanwälte 25, Disziplinarsachen 11, Ehesachen 86, Entmündigungssachen 2, Beschwerden über Beschlüsse des Untersuchungsrichters in Hochverratsachen 3, Anträge auf Entscheidung des Revisionsgerichts (§ 386 2 der Strafprozessordnung) 104, Besuche um Wiedereröffnung in den vorigen Stand 19, Vortragsstücke überhaupt 4760. Verhandlungen haben stattgefunden 3027, darunter in Strafsachen 2994.

Aus der dem Landtage vorgelegten Nachweisung über die Einschätzung zur Klassensteuer und Einkommensteuer für 1886/87 entnimmt die „Freisinn. Zig.“, daß von der Bevölkerung Berlins gerade  $\frac{3}{4}$  (66,80 pCt.) von beiden Steuern befreit sind, während 25,05 pCt. der Klassensteuer und 8,15 pCt. der klassifizirten Einkommensteuer unterliegen. Von 202 082 Personen, welche in Preußen zur klassifizirten Einkommensteuer eingeschätzt worden sind, kommen allein auf Berlin 32 625 Personen, darunter 3158, welche im vorigen Jahre noch zur Klassensteuer veranlagt waren. An klassifizirte Einkommensteuer kommt in Berlin auf nicht weniger als 8 773 254 M. Unter den Einkommensteuerpflichtigen Berlins sind 770 Personen veranlagt mit einem Einkommen von 32 400 bis 60 000 M., 212 Personen mit einem Einkommen von 60 900 bis 96 000 M., 144 mit einem Einkommen von 96 000 bis 204 000 M. Dann kommen aber 55 Personen mit noch größerem Einkommen, und zwar 26 mit einem Einkommen von 204 000 bis 300 000 M., 18 Personen mit 300 000 bis 540 000 M. Einkommen, 7 Personen von 540—660 000 M. Einkommen. Ueber diesen thronen vier noch reichere Personen, nämlich ein Steuerpflichtiger, veranlagt mit einem Einkommen von 840—900 000 M., darüber ein Steuerpflichtiger mit einem Einkommen von 1 020 000 bis 1 080 000 M. Dieser wird übertroffen von einem Manne, welcher 1 140 000 bis 1 200 000 M. bezieht. An der Spitze aller Einkommensteuerpflichtigen Berlins steht aber eine Person mit einem Einkommen von 2 100 000 bis 2 160 000 M., was bei 4 pCt. Zinsen ein Vermögen von über 50 Millionen darstellt. In ganz Preußen sind nur 8 Personen über eine Million Einkommen veranlagt, darunter obige drei Berliner. Der reichste Berliner wird in Preußen nur von drei noch reicheren Personen übertroffen. Zwei davon wohnen im Regierungsbezirk Wiesbaden, darunter einer von 2 520 000 bis 2 580 000 M. Einkommen, der andere mit 2 640 000 bis 2 700 000 M. Einkommen. Der reichste steuerpflichtige Mann in Preußen wohnt dagegen im Regierungsbezirk Düsseldorf, veranlagt mit einem Einkommen von 3 120 000 bis 3 180 000 M., wovon er 93 600 M. Einkommensteuer zu zahlen hat. Das ist also ein achtzigfacher Millionär.

Ausgewiesen aus dem preussischen Staatsgebiete, weil lästig gehalten, wurde der Schriftsteller Gruber, der vor ca. einem halben Jahre von Rio de Janeiro nach Berlin mit Familie übergesiedelt war. Gruber war in Rio Redakteur der dem Schweizer Konsul Schmidt gehörigen, nunmehr eingegangenen „Deutsch-Brazilianischen Warte“. Er führte sich hier in kolonialpolitischen Kreisen als Delegirter einer aus Deutschen und Eingeborenen bestehenden Einwanderungsgesellschaft in Rio ein, versuchte dann auch — vergeblich — für einen Kolonisationsplan in Südbrazilien Interesse zu finden. Er ist brasilianischer Staatsangehöriger. Von anderer Seite wird noch behauptet, der Ausgewiesene habe es sich zur Aufgabe gemacht, für die Auswanderung nach Brasilien zu agitiren.

Der Bundesrath hat in seiner Plenarsitzung am Donnerstag dem Ausschussantrag über den Antrag Hamburgs wegen Abänderung des § 802 der Zivilprozessordnung, betreffend die Bestellung von Arrestbefehlen an den Schuldner etc. zugestimmt und auch dem mündlichen Ausschussberichte, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes (Verweisung zur Verhandlung und Entscheidung vor die vereinigten Senate des Reichsgerichts) seine Zustimmung erteilt.

Ueber einen Vorschlag zur Abänderung des sozialdemokratischen Parteiprogramms berichtet der „Hamb. Correspond.“: Zur Vorbereitend der Aufgaben des diesjährigen Parteikongresses stellte das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie vor Monaten schon die Frage einer Abänderung des Parteiprogramms zur Diskussion. Der erste Vor-

schlag, der nunmehr erfolgt, betrifft unerwarteter Weise einen bisher als ein Noli me tangere gänzlich außerhalb des Programms gebliebenen Gegenstand — die Religion. Die Erklärung derselben zur Privatfache wird eine „nicht zu rechtfertigende Schwäche“ genannt, und mit der Motivirung, daß dieses „schonächliche Rästelchen“ die frommen Gegner doch nicht davon abhalten könne, die Sozialdemokraten als „Genossen des Teufels“ hinzustellen, statt der Erklärung der Religion zur Privatfache inständiger der Programmstag vorgeschlagen: „Die Sozialdemokratie betrachtet es als ihre Pflicht, Aufklärung auf allen Gebieten des Wissens, einschließlic der Religion, im Volke zu verbreiten und den Aberglauben in jeder Form und nach jeder Richtung hin zu bekämpfen.“ Es wird erzählt, wie in der letzten Wahlkampagne in Westfalen zwei sozialdemokratische Agitatoren von einem Pfarrer mit Erfolg das Terrain streitig gemacht worden sei, um damit zu beweisen, daß es nöthig ist, daß wir die Kirche und den christlichen Aberglauben offen und unumwunden angreifen und den Jahrtausende alten Bau einzureißen versuchen — erst dann dürfen wir hoffen, dem Volke auch Verständnis für seine irdische Lage beibringen zu können.“ — Wir glauben nicht, daß der in Aussicht genommene Kongress an der bisherigen Toleranz des Programms etwas ändern wird.

Zu der gegen das Domkapitel zu Osnabrück wegen Nichtbeachtung des kaiserlichen Jubiläums von der Nordd. Allg. Zig. erhobenen Beschwerde bemerkt der „Kur. Post.“: Er wisse nicht, ob und in wie fern die Angaben des Berliner officiösen Blattes auf Wahrheit beruhen, insbesondere, ob das Domkapitel direct zur Begebung der Frier aufgefördert worden und eine so formulte ablehnende Antwort erteilt habe. Verschiede sich indeß die Sache wirklich so, dann müßte die Beschlußfassung des Domkapitels durchaus begründet erscheinen, denn so lange jede Amtsbücherei Sr. Eminenz gerichtlich verfolgt und geahndet werde, so lange könne auch „Sr. Eminenz“ seine öffentliche Verfügungen erlassen, und es sei doch genugsam bekannt, daß nur der Erzbischof befugt sei, außerordentliche gottesdienstliche Feierlichkeiten in der Diözese anzuordnen und nicht die Herren Oberpräsidenten oder die königlichen Regierungen, Ueberall dort übrigens, wo man bezüglich der Frier keine Winke und überhaupt nichts habe zu verstehen gegeben, sei auch das königliche Jubiläum in den Domen übergangen worden. Der Artikel, welchen der „Kur.“ der Sache widmet, trägt die Ueberschrift: „Es fängt schon an“ und bezeichnet den ganzen Vorgang als „erste gegen die Mitglieder des Osnabrücker Domkapitels gerichtete Akte.“

Der Hamburger Kaufmann Robertson, welcher von officiösen Blättern dafür verantwortlich gemacht wurde, daß die Regierung nicht energischer in der Karolinenfrage gehandelt habe, veröffentlicht im „Hamb. Correspond.“ ein längeres Schreiben, das recht interessante Einzelheiten enthält. Nach dem Inhalt dieser Rechtfertigung treffen die Anschuldigungen der Officiösen in keiner Weise zu, vielmehr dürfte darnach anzunehmen sein, daß der Entschluß des Reichskanzlers, die Karolinen aufzugeben, schon gefaßt war, bevor er mit dem genannten Kaufmann eine Unterredung über die dortigen Verhältnisse hatte. — Herr Robertson wurde im Laufe der Unterredung auch veranlaßt, sich über die Verhältnisse im Gebiete der so oft genannten „Neu-Guinea-Kompagnie“ zu äußern. Nach seiner Ansicht ist es unmöglich, auf den Südsee-Inseln Schutzverträge zu errichten nach dem von Reichskanzler angelegenen Muster der English-Ostindischen, der Hollandisch-Ostindischen und Nord-Borneo-Kompagnie. „Jene Kaufleute hätten das Recht der Oberhoheit in Ländern verliehen erhalten, in welchen bereits eine gewisse Civilisation bestand, in denen reiche und einflußreiche Radjahs und Sultane herrschten, welche selbst große Besitztümer an kultivirtem Lande, an dienstbaren Bevölkerungsläusen u. s. w. u. s. w. besaßen. Diesen Gesetze vorzusetzen und sie zur Zahlung der Verwaltungskosten heranzuziehen, ihnen im Fall der Uebertretung von Verwaltungsvorschriften Strafen an Geld, Land und pfindbaren Objecten aufzuerlegen, sei verhältnißmäßig leicht gewesen. In der Südsee gäbe es nichts dergleichen, sondern nur bestlose und nackte Wilde mit kleinen Häuptlingen, ganz oder fast ohne Einfluß auf die Bevölkerung und ohne irgend welchen Besitz, der von Europäern an Zahlungspflicht genommen werden könnte.“ — Bemerkenswerth ist noch, daß Herr Robertson erklärt, erst auf Grund ausdrücklicher Aufforderung seitens des auswärtigen Amtes den Antrag auf Rollamirung der deutschen Oberhoheit auf den Karolinen gestellt zu haben.

Im weimarischen Landtag, welcher am vorigen Sonntag eröffnet wurde, gestaltete sich die zweite Sitzung zu einer recht interessanten durch zehn Interpellationen, welche der Abgeordnete Jungheinrich einbrachte. Von allgemeinem Interesse ist die neunte dieser Interpellationen, welche nach der „Vollst.“ folgenden Wortlaut hat: „Es ist traurig, aber wahr: das Streberthum sammt den damit Hand in Hand gehenden Ausschreitungen greift unter unseren jüngeren Beamten immer mehr um sich. Nicht allein die Mittelbeamten erblicken darin eine große Gefahr, auch unseren älteren, gediegenen Beamten ist dieses Treiben widerwärtig. So hat sich z. B. ein junger, strebsamer Beamter bei Gelegenheit der Reichstagswahl in Ditzheim folgendes geäußert, nachdem ihm der Ausfall der Wahl am Play bekannt geworden war:

„Sage es mir offen, Martha, ohne Scheu“, fragte er mit bebenden Lippen, „ob Du daß gegen mich hegst. Ich weiß es, daß ich gefehlt habe, Geseheenes läßt sich nicht ändern, und die Vergangenheit gehört uns nicht mehr. Aber über die Zukunft können wir frei verfügen, und es liegt an uns, wie wir uns zu derselben stellen werden. Sage es mir, ob Du mich jemals wieder lieben kannst, fühlst Du garnichts mehr für mich?“

Martha antwortete nicht sogleich. Sie sah ihn mit einem jener verführerischen, halb Glück verheißenden, halb zurückweisenden Blicke lange und durchdringend an, dann schlug sie die Augen nieder.

„Ich weiß nicht, was ich Ihnen antworten soll“, sagte sie langsam und mit schwacher Stimme. „Das, was ich Ihnen zu sagen hatte, glaube ich Ihnen bereits mitgetheilt zu haben, weshalb wollen wir alte Wunden wieder aufreißen?“

Sie blickte immer noch auf ihre gefalteten Hände nieder, sie hatte in ihre Stimme einen leise vibrirenden Ton gelegt, der wie von verhaltenemummer, von ungestillter Sehnsucht sprach. Und als sie ihre Augen aufschlug, und, wie von geheimer Angst getrieben, nach ihrem Gegenüber hinschaute, da sah sie mit wilder Freude, daß sie das erreicht hatte, was sie wollte. Sie sah in ein Paar Augen, die gespannt an ihrem Mund hingen, als wollten sie die Worte ablesen, er fuhr mit der Hand ein paar Mal über seine kalte Stirn, dann stand er plötzlich auf.

„Also es rührt Dich nicht“, sagte er stoßweise und abgedroschen, „es rührt Dich nicht, wenn ich vor Dir stehe, und um Deine Liebe bettele, ich, den man in ganz Berlin beneidet, auf den so viele Mädchen blicken, die durch Reichtum und Schönheit ausgezeichnet sind, ich sehe hier vor Dir, wie ein Schullnabe, und Du bleibst kalt, ja, ich glaube, Du verhöhnt mich noch!“

Herr Winler — „Ah, immer Herr Winler, es gab eine Zeit, wo Du

„Dieses fortschrittliche Rest müßte man als Faden anzünden und die ganze fortschrittliche verbrennen, was davon stehen bliebe mit Dynamit sprengen.“ Dabei wollte ich jedem noch eine Extra-Dynamitpatrone . . . damit er höher flöge. Ich habe diese Partei immer anständig behandelt, wenn sie zu mir nicht gekommen sind. Aber von jetzt ab wird die Fortschrittspartei, wenn sie zu mir auf's Gerichte behandelnd, wie sie es verdient.“

Auf Vorhalt anständiger Leute, daß ein solches ungeduldrich sei, schrieb der fragliche Beamte ferner: „derhole jedes Wort und werde es auch veranlassen, dieses Glas voll Bist, ich würde die ganze hiesige Partei damit vergiften, ich hätte es . . .“ Der große Staatsregierung ist dieser Vorfall nicht unbekannt. Sie ist im Gegentheil auch öffentlich darauf aufmerksam gemacht worden, gleichwohl ist aber nicht bekannt, und wie solche Robheit bestraft worden ist. Rasch man hofft, prahlerischen Behauptungen des erwähnten habe derselbe einen leichten Beweis erhalten. Nützlich sei ihm eine Zulage von 200 Mark gemach selbst stehende mit Fortschrittsbände bezeichneten und hielt sich deshalb berechtigt, die großherzogliche Beamten für solche Robheit zuerkennen zu lassen?

Der Landgerichtspräsident Dr. Fries, zugleich des Landtages, hielt es für angezeigt, dem Abgeordneten hinreichend zu bemerken, daß er, wenn er Beschlüsse des Beamtenthums ausdrücke, es seine Sache sei, Fülle namhaft zu machen und die Beamten nicht in ihnen zu verwickeln; er rief auch den Abg. Jungheinrich, gegen diesen Ordnungsruf erklärte Abg. Jung an den Landtag appelliren zu wollen, was nach der Ordnung zulässig, und bezüglich des von ihm erwähnten erklärte der Abg. Jungheinrich, s. S. schon sehr bedauerlich machen zu wollen.

Die zehnte Interpellation aber lautete: „An einer am 19. November v. J. stattgehabten Verhandlung vor dem Landgericht Eisenach ist seitens der herzoglichen Staatsanwaltschaft die ungeheureliche Beaufstellung worden: Wenn zwei Personen vor Amt sagen abgeben, bezüglich beschwören, wovon die eine die andere Richteramt ist, so wäre alle mal, die letztere noch so ehrenhaft sei, dem Beamten mehr schenken. Wegen der aus solcher Auffassung sich er höchst bedenklichen, ja sogar gefährlichen Konsequenzen von alletzeitigem Interesse, zu erfahren, wie die großherzogliche Staatsregierung über den Fall denkt. Die letzte Interpellation bezieht sich auf einen Beleidigungsprozeß, der durch Abg. Jungheinrich und einem Beamten in Eisenach Kurium spielte. Den Beantwortungen der Interpellation wird mit allem Interesse entgegen gesehen.“

Die sozialdemokratische Partei agitirt in Berlin für die Einführung des allgemeinen, gleichen und Wahlrechts für den weimarischen Landtag. Hoffentlich aber auch aus dem Landtage selbst in dieser Richtung die Initiative ergriffen werden. Es giebt keine Vertretung in ganz Deutschland, deren Wahl so wenig und Theilnahme bei den Wählern erregt, wie die weimarische Landtages, und daran ist einzig und allein reaktionäre Wahlgesez schuld!

Aus Sachsen meldet die Hamburger „Bürgerzeitung“: Vorigen Sonntag wurde im 19. sächsischen Wahlkreis zahlreich besuchte sozialdemokratische Konferenz abgehalten, welche mit allen gegen sechs Stimmen der Landtagsabgeordnete Geyer in Großenhain als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt wurde. Die Wahl wird vorläufig kaum stattfinden können, da die Wahllisten neu auf vier Wochen vor dem Wahltermin öffentlich zur Einsicht ausgelegt werden müssen. In sozialdemokratischer Richtung man die Wahl Geyer's als sicher, da schon im Mal der bisherige Abgeordnete Ebert nur mit absoluter Majorität gegen Niederbricht — der früher den Wahlsieger vertretet — stand. Das Ergebniß der Unterredung Grund gegen die Wahl Ebert's vorliegender Wahlscheinlich bestimmend auf ihn gewirkt haben, daß der Wahlzuglegen.

Dresden, 18. Januar. In der zweiten Kammer heute die letzte noch ausstehende Wahlprüfung vorgenommen und die Wahl mit allen gegen sechs Stimmen der Sozialdemokraten für gültig erklärt. Es handelte sich um die Wahlprüfung im Leipziger Landkreis, wo der Abgeordnete Jungheinrich in Lindenau über den Reichstagswahlkreis mit 37 Stimmen Majorität siegte. Gültigkeit der Wahl lag ein Protest vor, der sich auf die Wahlprüfung bezog, daß der Gemeindevorstand in Komminung gesetzlich vorgeschriebenen Bekannmachung die Wahlprüfung richtig abgeben und in einer Reihe von Ortschaften, z. B. in Blagwitz, Gohlitz) hunderte von Wählern, nach der Mittagsstunde, hätten wieder umkehren müssen, weil dem einzigen vorhandenen Wahllokal im Orte die Wähler kommen. Augerend wurde noch festgestellt, daß der Gemeindevorstand auch übersehen hatte, die Wahllokal rechtmäßig bekannt zu machen. Die Depu-

mit sich anders nanntest, damals kanntest Du meinen heute scheint er Dir entfallen zu sein.“

Sie wissen, was inzwischen geschah!“

Er lachte bitter vor sich hin.

„Ja, freilich weiß ich, daß, aber kann ich ändern? Soll ich diesen Vorwurf ewig mit mir schleppen? Du schienst doch vorhin Deinen Begehren zu wollen, bist Du denn unerbittlich? Kommt her, sei wieder gut!“

Er versuchte ihre Hand zu ergreifen, sie entzog sich ihm, indem sie aufstand und sich hinter ihren Stuhl setzte.

„Soweit sind wir noch nicht“, Herr Winler, ruhig aber bestimmt, „wenn Ihnen überhaupt eine meiner Person gelegen ist, so will ich Ihnen nicht wegnehmen. Es wäre unklug, albern von mir, welche Vertraulichkeiten Ihrerseits muß ich jedoch zurückweisen. Noch bis gestern durfte mich ein Blick rühren, heute ist das anders. Heute habe ich es mir nötig. Am allerwenigsten aber würde ich Ihnen gestatten, die ich von jetzt ab überhaupt Jedermann“ (Fortsetzung folgt.)

## Aus Kunst und Leben.

Die Delegirten-Versammlung des allgemeinen sächsischen Gesangsvereines findet in diesem Jahre in der 18. bis 20. Februar in Frankfurt a. M. statt. Die in der vereinigten Bühnen Berlins haben wiederum Rosenhals vom Louisenstädtischen Theater als ihren gewählten.

Mit Fräulein Jerline Drucker ist gestern ein Stände gekommen, welcher die ausgezeichnete Sängerin Friedrich-Wilhelmstädtische Theater verpflichtet. Diese Bühne, in welches im August d. J. Jannig ist dadurch eine sehr werthvolle Kraft erhalten worden. Louisenstädtisches Theater, Als dritte und vierthäl der Opernsaison wird heute, Sonnabend, die

einen auf in dem d theils als dargelegt der jüngste Diefelbe eines So lich und ren Ausfü Präsident gültigkeits von den i wobingega fürwortete diesen und Wahl M wie im G den Verh Man kamer ü Neumayr, angenomn trages m

In trag auf Begründung die wegen gnadigt u nunmehr i theilten ei seinen An Regierung auch die A noch um p verurteilt blic, wo d Deputirt nte für nicht zutrifft Redten, d Wahlen g Dringlich for's wur die Regie geüchren.

Aus F Bericht: vor ihren Fürst K r wollen mo Henri Rod ist inwisch vor, von d Vinten, de ist noch im Suges u nicht um je nichts böree hiltmisten g sich in Bar gewonnenen genossen H sich bei dea von Claivo dirte d i Medizin schäftigte si tranfignen' ihrer Feder

Aus U gefahrben: dem das U überwiefe staltet. Da mit der geg § 57 der G sammelt ist stimmung d in Artren g den, es sei Auf Grund gegen Fein schuß richte Kellmann, nöthigen S nach § 57 d im vemeine Handlungn Ministers g daß das V Verfassung i abgeordnete

lonische Op von Emil seiner Oper in der Krall dreißig Mal Berliner Pul Wert des ju

Das s neuste Die gesellschaft e irdischen Vie lenten den G diese Weise Schlimme d gegangen, ni stahl wohl a weiß aber n und Herbeif bat, zumal i Schwablen d

Nordst sammentref ist ein ein Mittel verfat daß, wenn m oder einen E einem Schw auffällige Ent Seneideln i von großem denen Nichtu aus der Nich antreibt. D den Eisberg konstruirt, de beider von D oder Polaune Schwünge tragend zu m währt und ist Nordameri

einen auf behördliche Erhebungen gestützten Bericht vorgelegt, in dem die Beschwerde theils als ungenau und übertrieben, theils als auf das Resultat der Wahl ohne Wirkung bleibend dargestellt wurde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Geyer, der zunächst das Wort nahm, griff die Deputation heftig an. Dieselbe sei nur zu dem Resultat gekommen, weil ihr die Wahl eines Sozialdemokraten verhasst sei. Der Bericht sei oberflächlich und voller Widersprüche. Der Redner endete nach längeren Ausführungen und nachdem er zwei Ordnungsrufe des Präsidenten eingehend hatte, mit der Befürwortung der Ungültigkeitserklärung der Wahl. Der Deputationsbericht wurde von den Abg. Böhmisch und Klermann vertheidigt, wobei gegen die Abg. Hebel die Ungültigkeit der Wahl befürwortet. Daraus wurde der Schluss der Debatte angenommen und nachdem der Referent noch einmal die Billigkeit der Wahl billigt befürwortet hatte, von der Kammer beschlossen, wie im Eingang erwähnt. Mit dieser ca. 1 1/2 Stunde dauernden Verhandlung war die Tagesordnung erledigt.

**Frankreich.**  
In der Deputirtenkammer brachte Rochefort den Antrag auf Erlass einer Amnestie ein und bemerkte zu dessen Begründung, Präsident Greog habe ein Duzend Personen, die wegen politischer Verbrechen verurtheilt worden seien, begnadigt und damit seine Pflicht getan, die Kammer müsse nunmehr ihre Schuldigkeit thun und für die übrigen Verurtheilten eine Amnestie beschließen. Rochefort verlangte für seinen Antrag die Dringlichkeit. Minister Goblet erklärte, die Regierung lehne jeden Amnestieantrag ab und könne daher auch die Dringlichkeit nicht abgelehnt werden. Es handelte sich nur noch um Personen, die auf Grund des gemeinen Strafrechts verurtheilt worden seien, die Regierung könne in einem Augenblick, wo die Kammer eine gewisse Anzahl von Wahlen zur Deputirtenkammer für ungültig habe erklären müssen, einer Amnestie für solche, die wegen Wahlvergehen verurtheilt seien, nicht zustimmen. Cassagnac erwiderte unter dem Beifall der Rechten, die Sprache Goblet's, der die Ungültigkeitserklärung der Wahlen gebilligt habe, werde die Rechte bestimmen, für die Dringlichkeit zu votiren. Die Dringlichkeit des Antrags Rochefort's wurde hierauf mit 251 gegen 248 Stimmen beschlossen. Die Regierung hat somit schon die erste Niederlage zu verzeichnen.

Aus Paris, 20. Januar, wird der „Magdeburger Zeitung“ berichtet: Louise Michel soll heute Abend in einem Meeting vor ihren Pariser Freunden das Wort ergreifen und es heißt, Fürst Krapotkin werde nach ihr dasselbe thun. Beide wollen morgen der Sitzung der Kammer beizuhören, in der Henri Rochefort den Amnestieantrag einbringen wird. (Das ist inzwischen bereits geschehen.) Louise Michel nimmt sich vor, von der Tribüne herab ihre Freunde von der äußersten Linken, denen sie nicht mehr traut, scharf zu überreden. Sie ist noch immer erbittert gegen Rochefort, Clemenceau, Clovis Sugues und Laquerre, die so feige waren, das Dekret Greog's nicht um jeden Preis rückgängig zu machen, und will von nichts hören, was einer Ausöhnung mit den heutigen Verhältnissen gleicht. Fürst Krapotkin ist minder schroff und freut sich in Paris mit seiner Frau ohne falsche Scham der wiedergewonnenen Freiheit. Er frühstückte gestern mit seinem Ständegenossen Henri Rochefort in dessen elegantem Hotel und schenkte ihm bei dem ledernen Wale gar nicht nach der Gefängnishaft von Clairvaux zurück. Während er im Gefängnis saß, studierte die Fürstin Sophie Krapotkin in Paris Medizin und erwarb den Doktorgrad; daneben beschäftigte sie sich mit nihilistischer Belletristik und der „Antransigant“ wird übermorgen den Druck eines Erzeugnisses ihrer Feder: „La Tempe du Nr. 4237“ beginnen.

**Dänemark.**  
Aus Kopenhagen wird der „Börs. Ztg.“ unterm 19. Januar geschrieben: Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Folketings, dem das Uebertragungsrecht der verfaßten Abgeordneten Kaavn überwiesen war, hat gestern dem Thing seinen Bericht erstattet. Darin wird von Neuem die Willkür gekennzeichnet, mit der gegenwärtig die Verfassung gehandhabt wird. Der § 57 der Verfassung lautet: „So lange der Reichstag versammelt ist, kann kein Reichstagsabgeordneter ohne die Zustimmung des Things, welchem er angehört, wegen Schuld in Arren genommen, auch nicht verhaftet oder angeklagt werden, es sei denn, daß er auf frischer That ergriffen wird.“ Auf Grund dieses Paragraphen hatte der Abgeordnete Kaavn gegen seine Verhaftung Protest erhoben. Der genannte Ausschuss rieth nun am 12. d. ein Schreiben an den Justizminister Nelsenn, in welchem derselbe gefragt wurde, ob er „die nötigen Schritte zu thun gedente, um das den Abgeordneten nach § 57 der Verfassung zustehende Recht zu wahren“, und im vermeintlichen Falle anzugeben, auf welche Gründe seine Handlungsweise sich in diesem Falle stütze. Die Antwort des Ministers ging zwei Tage später ein; in derselben heißt es: „daß das Justizministerium es für klar erachte, daß § 57 der Verfassung nach richtigen Interpretationsregeln die Reichstagsabgeordneten nicht von der Verhaftung befreie, die ihnen

durch Schlussurtheil zurkannten Gefängnisstrafen zu verbüßen.“ Da der Minister die Verhaftung für ganz gerechtfertigt hält, so hat er dem Amtmann im Amte Viborg mitgeteilt, daß das Ministerium die Beschwerde des Abg. Kaavn für unbefugt erachte. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß hält den Wortlaut des citirten Paragraphen für durchaus klar und betrachtet die Verhaftung des Abg. Kaavn für einen Bruch des Schutzes, den die Verfassung den Wählern und dem Folkethinge zugesichert habe. Auf Grund der Thatsache, daß die Regierung unterlassen habe, die verfassungsmäßige Zustimmung des Folketings zu der Verhaftung eingeholen, mußte der Ausschuss den entschiedensten Protest gegen das verfassungswidrige Vorgehen der Regierung erheben und schlug er deshalb dem Thing folgende motivirte Tagesordnung vor: „Indem das Folkething Protest erhebt gegen die Kränkung des Rechts der Wähler und des Things, die dadurch geschehen ist, daß ein Folkethingabgeordneter im Widerspruch mit § 57 der Verfassung zu einer Zeit verhaftet worden ist, wo der Reichstag versammelt war, und ohne die Zustimmung des Things eingeholen, geht das Thing zur Tagesordnung über.“

Die Gerichtshöfe des Herrn Estrup thun auf Wunsch ihre „Schuldigkeit“. So verurtheilte das Oberlandesgericht am Sonnabend den Chefredakteur Lieutenant Jordan, den Redakteur Slengeril und den Redaktionssekretär Lyngbye der „Vollständigen Ritzelzeitung“ wegen ihres Auftretens gegen das provisorische Ritzelgesetz, die beiden ersten zu je 6 Monaten und letzteren zu 4 Monaten Gefängnis; die vom Untergerichte zurkannte Strafe wurde durch dieses Urtheil verdoppelt.

**Großbritannien.**  
Im englischen Parlament gelangte gestern die Thronrede zur Verlesung. In derselben wird die Nothwendigkeit der Ausnahmebestimmung für Irland besonders betont, während der sonstige Theil derselben nur förmliche Redewendungen enthält. Es heißt bezüglich der irischen Frage: die Regierung werde die legislative Union entschlossen aufrecht erhalten, sie wird ferner die Erwartung aussprechen, das Parlament werde der Regierung die Ausnahmebestimmung zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Irland nicht verweigern, falls die odenentlichen Gesetze unzureichend seien. In der Thronrede werden ferner Vorlagen zur Reform der Lokalregierung in England, Schottland und Irland, zur Regelung der Verhältnisse der schottischen Kleindauern, zur Verhütung von Grubenunfällen und zur Reform der Geschäftsordnung des Parlaments verlesen.

In London dürfte sich demnächst ein Hochverratsprozess abspielen, wenn sich ein Gerächt der „United Service Gazette“ als wahr bestätigt, nach welchem eine königliche Kommission eingesetzt werden soll, um das Verhalten gewisser Beamten eines der Armeedepartements, die verdächtig sind, sich im Verkehr mit auswärtigen Regierungen eines ernstlichen Vertrauensbruches schuldig gemacht haben, zu untersuchen.

### Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat soden einen Antrag eingebracht, das sog. Dynamitgesetz, das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen, auszuheben.

Dem Abgeordnetenhaus ist, abgesehen vom Etat nebst Zubehör, noch keine Vorlage zugegangen. Die „Post“ erzählt, daß eine kirchenpolitische Vorlage im Herrenhause eingebracht werden soll.

Im Herrenhause ist die Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen eingegangen.

### Lokales.

**In der Angelegenheit, betreffend das Verbot des Betretens der Gerichtssäle des königlichen Landgerichts I, wurde die Nachricht verbreitet, daß die Berliner Anwälte auf ihre Vorstellung wegen Aufhebung dieses Verbotes vom Präsidenten des Landgerichts I, v. Bardeleben, einen ablehnenden Bescheid erhalten hätten. Wir sind in der Lage, mittheilen zu können, daß bis heute ein derartiger Bescheid an den Vorstand der hiesigen Anwaltskammer nicht gelangt ist, mithin die Erledigung der Angelegenheit noch aussteht. Ferner erfahren wir, daß einige Anwälte nach wie vor den Anwälten das Betreten der inneren Gerichtssäle gestatten. Sollte endlich die Demonstration der Rechtsanwälte gegen die mehrerwähnte Verfügung des Landgerichts-Präsidenten nicht den erwünschten Erfolg haben, so wird man seitens der Anwälte es nicht bei diesem Bescheide belassen, sondern die Angelegenheit weiter verfolgen, um das Verbot rückgängig zu machen.**

**Die Kunstbutter-Fabrikation Deutschlands nimmt zum großen Leidwesen der Landwirtschaft immer größere Dimensionen an. Jenes Produkt wurde im Auftrage Napoleons III. im Jahre 1869 von dem französischen Chemiker F. Rögner erfunden und zwar um speziell für die französische Marine und den Ozeanier ein geeignetes, billiges und doch schmackhaftes und dauerhaftes Nahrungsmittel herzustellen. Raich breitete sich die Fäbrication von Frankreich nach England, Amerika und**

endlich über den ganzen Kontinent aus. Heute besitzen wir in Deutschland schon zahlreiche Fabriken von Kunstbutter. So zählen die Regierungsbezirke Düsseldorf 12, Danabrad 7, Köln 3, Hannover 3, Aachen 2 und Oettingen, Frankfurt a.M., Breslau, München, Rürnberg, Ulm, Poczpi, Heildbronn, Mannheim und Stettin je eine Kunstbutter-Fabrik. Einen ganz hervorragenden Platz in der Kunstbutter-Fäbrication nimmt Berlin ein. Hier besitzen 4 große Fabriken und 10 Filialgeschäfte auswärtiger Fabriken. Die 12 Fabriken des Regierungsbezirks Düsseldorf produziren jährlich ca. 45 000 Centner im Werthe 2 700 000 M. Die größte Berliner Fabrik produzierte im letzten Jahre 5000 Centner, die anderen täglich 3000 Kilo. Aber die inländischen Fabriken decken keineswegs den deutschen Bedarf. Auch Amerika, England, Holland, Oesterreich importiren nach Deutschland diese „Butter“. Die Kunst- oder Margarinbutter, deren hauptsächlichste Bestandtheile Kleinfett, Talg, Baumöl, Erdnussöl, Schweinefett, Kük-, Kolussnug-, Palm-, Mohr- und Weizenöl sind, unterscheidet sich in ihrem Aussehen in keiner Weise von der wirklichen Sahnenbutter. Aber selbst des Geschmacks der geübtesten Buttersorten bedarf es, um Kunst- oder natürlicher Milchbutter zu unterscheiden. Obwohl nun selbstverständlich alle die zur Fäbrication von Kunstbutter verwendeten Materialien in ihrem absoluten Nährwerthe unter dem Milchfett, d. zur natürlichen Butter stehen, so ist doch nicht zu verkennen, daß die reine Kunstbutter ein billiges Nahrungsmittel ist. Diese „Butter“ kommt unter den mannigfaltigsten Namen in den Handel. „Kunst- oder Margarinbutter“, „Schmalzbutter“, „Sahnebutter“, „amerikanisch-lanadisch garantirt reine Naturbutter“, ist das Ausschlagende dieses Garantisats. Um die Täuschung der Käufer voll zu machen, ist die Verpackung so genau dieselbe wie bei der natürlichen Butter. Aber auch in der Weise wird der Konsument betrogen durch Kunstbutter vielfach mit natürlicher Butter vermischt und durch eine „Milchmische“ schmackhafter gemacht wird. In Folge der Fäbrication von Kunstbutter ist der Export von Dauerbutter Deutschlands sehr zurückgegangen. Der auf's Rapideste sich entwickelnde Kunstbutter-Fäbrication Holland ist es gelungen, in England der deutschen Naturbutter vollständig den Rang abzulaufen. Ganz besonders wird die Kunstbutter in England in Folge ihres weit billigeren Preises wie Naturbutter zur Verproviantirung der Seeschiffe demut. Aber nicht nur die Volkerei-Produktion Deutschlands leidet durch diese Fäbrication, sondern sämtliche Milchwirtschaft treibenden Staaten werden dadurch geschädigt. Wenn nun auch diesem einmal fast zum Bedürfnis gewordenen Industriezweig nicht mehr das Lebenslicht ausgeblasen ist, so muß doch energische Front gegen diejenige Butterfäbrication gemacht werden, und hier soll sich ganz besonders die amerikanische auszeichnen, die, wie die Gesundheitsbehörde von St. Louis konstatierte, zur Fäbrication von Kunstbutter das Fett kreppirte Pferde-, Schweine-, Hunde- u. verarbeitete. Wenn man die peinliche Kontrolle beobachtet, welche die deutschen Gesundheitsbehörden anderen Stoffen menschlichen Konsums zuwenden, und berücksichtigt, wieviel Krankheitserreger in der Kunst- und Milchbutter oder dem Rohmaterial derselben in Deutschland anstandslos eingeführt werden, so kann man sich des Eindruckes eines hierin liegenden kraassen Widerspruchs nicht erwehren. Diesen Widerspruch zu beseitigen, ist eine Pflicht des Reichsgesundheitsamtes und zwar umsomehr, als der schon ohnedies sich schlecht nährenden tönnende deutsche Arbeiter der Hauptkonsument dieses Surrogates ist. Darum strenge Ueberwachung aller Kunstbutter-Fabriken und Verlaufsstellen.

Der Begriff des geistigen Eigenthums ist noch neu und man macht mit ihm noch überraschende Erfahrungen. Man wird entschieden verläßt dadurch, daß geistiges Eigenthum geschützt werden kann. Und doch sollte gestern dergleichen sogar vom Gerichtsvoollzieher verweigert werden. Im Bureau des Gerichtsvoollziehers Guensch, in der Margrafstraße 24, sollte gestern Auktion der Ueheber- und Verlagsrechte von 4 Romanen abgehalten werden, die im Manuscript vorlagen. Sie waren dem Verfasser Schulden halber abgepfändet worden. Einer der Romane, dessen Manuscript erlitten liegt, daß es schon manche Wanderungen hinter sich hatte, trug den Titel „Kopf oder Müß“ und war vom „dankbaren Verfasser“, wie eine Aufschrift besagte, „dem Großherzog von Hessen und bei Rhein gewidmet.“ Ein zweiter Roman betitelt sich „Der Herr Raffert“, der dritte, für den der Verfasser sogar Drucker gefunden hatte, „Kampf mit Frauenherzen“ und der vierte, der aus dem Leben eines Redakteurs entnommen sein soll, „Meine kleine liebe Frau“. Außer dem Drucker des dritten Romans, der noch heute der Bezahlung harret, waren zur Versteigerung nur drei Personen erschienen, von denen zwei gleichfalls Interessenten waren, während den Dritten die Neugierde angelockt hatte. Unter diesen Umständen konnte selbstverständlich die Versteigerung nicht stattfinden.

**Zu den nicht gerade seltenen Ursachen von Bränden gehören in Berlin die Explosionen von Petroleumlampen, deren Zahl — so weit sie bekannt werden — jährlich etwa 100 betragen mag. Die Veranlassung zu den Explosionen, die in der Entzündung von Petroleumdämpfen, nicht aber, wie vielfach geglaubt wird, in dem direkten Anbrennen des schwer zu entflammenden Petroleum's ihren Grund haben, giebt meist die schlechte Pflege und Reinigung der Lampen, die durch Verschmutzung und durch Ansetzen verbrannter Theile an den Docht-**

tomische Oper „Die Karabiniers des Königs“, Text und Musik von Emil Kaiser, in Szene geben. Der Komponist hat mit seiner Oper „Der Trompeter von Sickingen“, die belänzlich in der Kroll'schen Opertstages des vorigen Sommers einige dreißig Mal mit bestem Erfolg gegeben worden ist, sich beim Berliner Publikum aufs Beste eingeführt, welches auch das neue Werk des jungen Maestro theilnehmend ausnehmen dürfte.

**Das Stehlen von Elektrizität wird in New-York als neueste Diebesart zum Schaden der Edison'schen Beleuchtungsgesellschaft emsig verübt. Die Leute zapfen einfach die unterirdischen Lichtadern mittelst unterirdisch angelegter Gänge an, leiten den Strom in ihre Häuser ab und verschaffen sich auf diese Weise Beleuchtung oder auch Betriebskraft gratis. Das Schlimme dabei ist, daß die Stelle, wo die Anzapfung vor sich gegangen, nicht leicht zu entdecken ist. Man merkt den Diebstahl wohl an der verminderten Leuchtstärke der gespeisten Lampe, weiß aber nicht, wo man zur Beseitigung des Uebelstandes und Herbeiführung der Verhaftung der Schuldigen eingzugreifen hat, zumal da die Lichtermindrung ebenso gut von einer schadhaften Stelle in der Leitung herrühren kann.**

**Nordatlantische Eisberge.** Um das verderbliche Zusammenstößen seitens der Schiffe mit denselben zu vermeiden, ist ein eingehendster Kopf von Seemann auf folgendes einfache Mittel verfallen. Man hat nämlich die Bemerkung gemacht, daß, wenn man gegen einen schwimmenden Eisberg hinfährt oder einen Schuß abfeuert, derselbe ein Echo giebt, was bei einem Schuß auf offener See niemals der Fall. Auf diese zufällige Entdeckung hin ist nun probirt worden, bei starken Seenebeln innerhalb des Gürtels der Eisberge ein Gewehr von großem Kaliber in kurzen Zwischenräumen nach verschiedenen Richtungen hin abzufeuern und aus das etwaige Echo aus der Richtung her zu hören, aus welcher ein Eisberg herankommt. Der Versuch gelang und das Echo hat jeden nahenden Eisberg verrathen. Daraus wurde ein Hinterladergewehr konstruirt, dessen Mündung mit einem trichterförmigen Schallbecher von Messingblech, ähnlich demjenigen einer Trompete oder Posaune, umgeben wurde, um die vom Schall erzeugten Schwingungen noch zu vermehren und sie lauter und weiter tragend zu machen. Dieses Gewehr hat sich vollkommen bewährt und ist nun beinahe auf allen zwischen Europa und Nordamerika fahrenden Schiffen eingeführt.

**Erdbeben im südlichen Norwegen.** Aus Christianfund wird unter dem 16. Januar folgendes gemeldet: Heute Morgen gegen 4 Uhr hatten wir hier ein nicht unbedeutendes Erdbeben; dasselbe äußerte sich durch einen starken Stoß, welcher von einem dröhnenden Geräusch begleitet war, ähnlich dem Herunterfallen großer lompakter Schneemassen von einem Dach bei Thauwetter. Einige Leute haben den Eindruck gehabt, als ob ihnen der Boden unter den Füßen wich, andere wollen wieder eine wellenförmige Bewegung des Erdbodens wahrgenommen haben. In einigen Stellen wurden die Häuser so stark gerüttelt, daß die Möbel sich bewegten und Tacten, Thüren aufsprangen, Gläser zertrümmten u. s. w., so daß die Bewohner voll Entsetzen aus den Betten sprangen und in ihrer Angst keinen Rath wußten. Bei der Landungsbrücke an der Westseite der Stadt zeigte sich das Wasser sehr bewegt, trotzdem nur der eine vorstehend beschriebene Stoß stattgefunden zu haben scheint, wenn auch einzelne Personen mit Bestimmtheit drei Stöße bemerkt haben wollen. Die Richtung des Stoßes ist ebenfalls verschieden aufgefaßt, wie Einige meinen von Nord nach Süd, Anderer Meinung nach von Nordost nach Südwest. Unmittelbar nach dem Erdstoß erfolgten zwei starke Wellen. Aus der Umgebung, z. B. von Rundsden, Raagsbyden, Söagne wird gemeldet, daß der Stoß auch dort bemerkt worden ist und ist somit anzunehmen, daß sich derselbe über einen größeren Theil des südlichen Norwegen erstreckt hat. In Eorum, ebenfalls einem norwegischen Ort, hat man bereits am 1. Januar 11 Uhr Abends ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt, welches sich nach Aussage eines Augenzeugen in der Weise äußerte, daß zuerst im Norden ein rollendes Gebörne wie ferner Donner gehört wurde. Dieses Geräusch wurde stärker und stärker, bis es den Ort erreichte. Die Häuser wurden hiernach stark geschüttelt, so daß alle Gegenstände in den Zimmern sich hin und her bewegten. — In einem Fall sprang sogar durch die Bewegung ein Dentröhr aus einer Wand hervor — und ein undeschreibliches Geräusch entstand. Die Bewegung dauerte mehrere Sekunden und verschwand dann in südlicher Richtung. Die Angst, welche während des Phänomens und nach demselben unter Menschen und Thieren herrschte, war undeschreiblich.

**Transatlantische Millionenerbschaften.** In englischen und amerikanischen Zeitungen befinden sich von Zeit zu Zeit

Aufrufe an Personen, welche als Erben eines vor längerer Zeit Verstorbenen zu bedeutenden Hinterlassenschaften berechtigt sein sollen. Diese Artikel sind gewöhnlich auf Betrug berechnet und in der Absicht veröffentlicht, um leichtgläubigen Personen Geldbeträge herauszuloden. B. B. es erscheint eine Annonce: Die Erben von Johann Müller oder Müller, 1825 in London gestorben, werden aufgefirt, ihre Ansprüche an eine Hinterlassenschaft von 150 000 Pfd. Sterl. geltend zu machen. Daraufhin gehen nun Briefe in großer Anzahl, sogar zu Hunderten, aus Deutschland u. ein. Die Abwender erhalten zur Antwort, daß sie zu der betreffenden Erbschaft berechtigt seien, doch sei zur Erhebung des Geldes nötig, 3 bis 4 Pfd. Sterl. einzusenden, um die Ausgaben für Schreibereien, Stempeldgebühr u. bewirken zu können. In der Hoffnung, eine unerwartete Erbschaft zu machen, säumen Viele nicht lange und senden die verlangten Beträge ein, um die sie allerdings betrogen sind. Diese betrügerischen Manipulationen haben in letzter Zeit derart überhand genommen, daß die amerikanische Regierung durch ihren Gesandten in London eingehende Nachforschungen hat anstellen lassen, deren Resultat der amerikanische Legationssekretär dahin berichtet hat, daß nach Ausweis des Archivs der Botschaft in London ein großer Theil der fromden Korrespondenz aus Briefen bestche, deren Inhalt auf Erbschaften in England abziele, von denen in Wirklichkeit keine einige existirt. Die angehenden Hinterlassenschaften in England, worauf in Amerika wohnhafte Personen allein Ansprüche zu haben vorgeben, bestehen in 50-80 Mill. Dollars. In einigen Fällen haben sich sogar Scandale gebildet, die durch Agenten im Auslande Recherchen anstellen ließen, und auf Grund der erwearten Hoffnungen große Geldkontributionen ausführten. Mit den Erbschaften ist es jedoch immer Schwindel gewesen. Die Chase Tonnsley Erbschaftsberechtigten haben vor einem Monat in St. Louis ein Meeting abgehalten, wobei ihnen versichert worden sein soll, daß das englische Parlament am 4. August 1885 dahin Resolution gefaßt habe, daß sich die Erbschaft auf 800 000 000 Dollars belaufe und zur Auszahlung gelangen werde. Rehnlich Artikel oder Annonzen werden von englischen Zeitungen ohne Garantie angenommen und im Ausland mit Her gelesen. Es erscheint daher geboten, vor diesem Schwindel zu warnen.

halter die Gefahr einer Entzündung vergrößern. Ebenso birgt die schlechte Unterhaltung des Dochtes den Keim der Gefahr, indem das nachlässige und ungleiche Abschneiden oft lose Theile sich festsetzen lässt, die sich am Abend beim Gebrauch entzündeten und dann in Folge irgend einer Erschütterung in das zufällig vielleicht im oberen Theile mit Dämpfen gefüllte Gefäß hinabfallen. Dieses Uebel wird durch eine sehr böse Gewohnheit begünstigt, da man namentlich bei Küchenschalen den Docht oft nur mit den Fingern abgleicht und dadurch im Innern der Tülle ein ganzer Kranz von schwarzen Dochttheilchen sich ansetzt. Man kann nicht scharf genug gegen diese Unsitte vorgehen. Uebrigens giebt es Bestimmungen über die Beschaffenheit des Petroleums, die von der Gewerbebehörde überwacht werden. Das Erdöl darf beispielsweise bei weniger, wie 21 Grad Wärme brennbare Dämpfe nicht erzeugen, was sich vermöge des Ablesens Apparates leicht feststellen lässt. Explosionen erfolgen nun meist bei einer Temperatur von etwa 24 Grad, auch schon von 23 Grad, eine Wärme, die bei stark geheizten Stuben und unglücklich konstruirten Lampen sehr bald erreicht wird. Das Publikum wird gut thun, bei etwaigen Explosionen die Lampentheile, soweit sie noch erhalten sind, sorgfältig aufzubewahren und womöglich mit einer Probe des gebrauchten Oeles der Polizei zur Untersuchung zu überweisen, damit unter Umständen der Verfertiger einer schlechten Waare entdeckt werden kann. Bemerkenswert ist auch, dass die häufigere Selbstentzündung von Hängelampen darauf zurückzuführen ist, dass die Reinigung derselben schwieriger erscheint oder nicht so regelmäßig vorgenommen zu werden pflegt; dann aber, dass sie — wie leicht zu beobachten — durch die Befestigung an der Decke mehr der direkten Erschütterung aus der oberen Etage ausgesetzt ist. Versuche, ähnlich den explosionsfähigeren Reflektoren auch nicht explosiblen Petroleumlampen zu konstruieren, sind vielfach schon gemacht worden, haben aber in der Praxis wenigstens keinen andauernden Erfolg aufzuweisen.

**Eine verhängnisvolle Hochzeitreise**, welche mit einer Anllage wegen Störung einer Telegraphenleitung endete, hat ein hiesiger Einwohner gemacht. Derselbe hatte sich im verflohenen Sommer verheiratet und beschloffen, die ersten Tage seiner jungen Ehe in dem Seebad: Dievenow zu verbringen. Das junge Ehepaar erhielt ein Zimmer in jenem Hause, in welchem sich die Telegraphenanstalt befindet. Ueber dem Besitze dieses Zimmers bemerkte der junge Ehegatte einen Telegraphendraht von oben aus der Wand herunterhängen, welcher seine allerdings unterbrochene Fortsetzung in einem aus dem Fußboden des Zimmers hervorstehenden Telegraphendraht fand. Hier war also eine Leitung vorhanden, welche man abschüssig unterbrochen hatte. Der junge Ehegatte bemerkte das Missliche der Situation und um nicht durch einen lächerlichen Missschlag in seinem wohnigen Gehäule unerwartet geföhrt zu werden, verband er, ohne Jemandem im Hause hiervon Kenntnis zu geben, den Draht, weil er sich sagte, dass nunmehr ein eventueller Missschlag nach dem Erdboden abgeleitet werden würde. Diese weise Vorsicht stellte sich als überflüssig heraus, denn es kam kein Gewitter herauf. Dagegen geriet bald ganz Dievenow in heile Aufregung, weil der Telegraph nicht funktionierte, was bisher nicht eingetreten war. Man untersuchte die ganze Leitung, Alles vergeblich. Da endlich entdeckte man die Ursache und die Folge war eine in allerhöchster Zeit vor dem Berliner Strafgericht zur öffentlichen Verhandlung kommende Anllage der Staatsanwaltschaft auf Grund des § 318 des Str.-G. B., wonach derjenige mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 900 M. bestraft wird, wer gegen eine zu öffentlichen Zwecken dienende Telegraphen-Anstalt inoffizieller Weise Handlungen begeht, welche die Benutzung dieser Anstalt verhindern oder föhren. Der besagte abgeheilte Telegraphendraht dient nämlich im Winter zur Telefonleitung und hebt die Fortführung des Telegraphen auf, wenn der Draht in jenem Zimmer nicht verbunden ist.

Der Buchhalter **Germann Scholz**, dessen spurloses Verschwinden wir vor mehreren Tagen meldeten, hat bis zum heutigen Tage keine Lebenszeichen von sich gegeben, es ist somit nur anzunehmen, dass er verunglückt ist, oder sich freiwillig das Leben genommen hat. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass seine Privatverhältnisse durchaus geordnet waren, und auch nichts darauf deutet, dass er sich aus Liebesgram den Tod gegeben haben könnte. Vielmehr dürfte die Ursache in einem Vorgange liegen, der den ohnehin pessimistischen Mann schwer mützig machte. Man hatte ihm zum Zweck der Heilung seiner Augenkrankung in besserer Absicht einen Urlaub auf unbestimmte Zeit gegeben; er sagte das falsch auf, sah sich schon im Geiste nach dreizehnjähriger gemessener Tätigkeit stellunglos, glaubte die Lasten des Lebens nicht mehr ertragen zu können und — verschwand. Seine Freunde glauben, dass er in den Klüthen der Havel die letzte Ruhestätte gesucht habe, so dass wohl noch einige Zeit vergehen wird, bis die Leiche zum Vorschein kommt.

Der Inhaber eines Cafe's in der Krausenstraße hat gegen einen hiesigen Studenten der Medizin D. einen Strafantrag wegen Sachschädigung und Belädigung gestellt. D. hatte in der Nacht vom 12. zum 13. d. M. gegen 3 Uhr mit geschwärmtem Gesicht und mit einer aus dem Rücken hängenden Tafel mit der Aufschrift: „Hier ist die dritte Etage zu vermieten“ in das Cafe einzutreten versucht. Seitens des Portiers war ihm jedoch der Eintritt verweigert worden. Derselbe ergrimmt, zerstückelt D. mit einem Schlüssel die Spiegelscheibe der Thür und überhäufte den Inhaber des Lokals mit Schimpfwörtern.

**Die Farbe der Frauen.** Die Frauen, sagt Herr Ostave Sully, haben öfter als die Männer braune Augen, obgleich ihr Teint im Allgemeinen heller ist. Unter 100 Frauen haben 80 die Augen nach ihrem Vater oder ihrer Mutter, oder nach dem Großvater und der Großmutter. Wenn die Augen der Eltern verschieden von Farbe sind, haben die Töchter bei Weitem öfter schwarze als blaue Augen; dadurch geschieht es, dass die Zahl der Schwarzäugigen sich mit jeder Generation vermehrt. Dasselbe gilt von den Haaren. Die Brunnetten vermehren sich in denselben Verhältniss, wie die Blondinen abnehmen.

Ein Theil des Dampftrahns, welcher auf dem Neubau des Grundstücks an der Ecke der Taubenstraße und des Hausvogteiplatzes zum Emporwinden von Baumaterialien verwendet wird, stürzte gestern Nachmittag in Folge eines Bruches der Schrauben, mit welchen das Rettengewinde befestigt ist, herunter. Hierdurch geriet der dazwischen beschlossene Steinträger B., welcher sich gerade mit einer Kilde Mauersteinen auf einer zur ersten Etage führenden Leiter befand, in solche Beförderung, dass er von der Leiter stürzte und von den Mauersteinen am Kopfe nicht unbedeutend verletzt wurde.

Die **Mörderfamilie Marunge** soll vorgerufen ein Geständnis abgelegt haben. Zuerst bezichtigte Frau Marunge ihren zweiten Sohn Albert der That. Als diesem die Anllage der Mutter vorgehalten wurde, warf er die Beschuldigung auf die Mutter zurück. Bei der darauf erfolgten Konfrontation bezichtigten sie sich gegenseitig, und als dann vorgelesen die An geschuldigten einzeln vor dem Untersuchungsrichter am Landgericht II., Landrichtersstr. 112/5, standen, bequamen sie sich sämmtlich zum Geständnis. Die Sache wäre somit spruchreif, indeffen kann die Hauptverhandlung noch nicht in der nächsten Schwurgerichtsperiode, die am 25. d. M. beginnt, stattfinden, weil die ganze Periode mit Terminen bereits besetzt ist.

**Polizei-Richt.** Am 20. d. M. Nachmittags stürzte der Arbeiter Belinsky in dem Neubau der Markthalle in der Neuen Friedrichstraße von einem unter dem Dach angebrachten Gerüst bis auf den Fußboden herab und erlitt dadurch lebensgefährliche Verletzungen. Er wurde nach der Charité gebracht. — Am demselben Tage Abends wurde auf dem Alur des Kaufes Neue Königstraße 24 ein unbekannter, etwa 40 Jahre

alter Mann in sinnlos trunkenem Zustande aufgefunden und nach der Wache des 19. Polizei-Regiments gebracht, wo er in der folgenden Nacht verstarb. — Am 21. d. M. Nachmittags rannte der Arbeiter Berger sich mit einem anderen Arbeiter auf dem Bürgersteig vor dem Hause Müllerstraße 47, fiel dabei zur Erde und brach ein Bein. Er wurde nach der Charité gebracht. — Am demselben Tage Nachmittags wurde der Arbeiter Just auf einem Neubau der Kaiser-Wilhelmstraße von einer umfallenden schweren Leiter in die Höhe getroffen und so schwer verletzt, dass er nach dem katholischen Krankenhause gebracht werden musste. — Am 22. d. M. Morgens entstand in der Neue Grünstraße 11 eine Treppe hoch gelegenen Gornhandlung von Rösold u. Stelmacher Feuer, durch welches die Kalkenlage und die Decke zerstört und an dem dort lagernden Baaren ziemlich bedeutender Schaden angerichtet wurde. Das Feuer wurde durch die Feuerwehr gelöscht.

### Gerichts-Zeitung.

**Der Schunkelwäler vor dem Reichsgericht.** Eine interessante Nachdruckgeschichte beschäftigte am 14. und 21. Januar den dritten Strafsenat des Reichsgerichts und zwar handelte es sich um die Frage, ob die Notenscheiben der sog. Ariftons als mechanische Vervielfältigung von Musikstücken anzusehen seien. Das Arifton ist eine Art Drehorgel, doch kann man darauf jedes beliebige Stück spielen, wenn man die betreffende Notenscheibe, auf welcher die einzelnen Noten durch verschiedenartig ausgestanzte vieredrige Löcher angegeben sind, auf das Instrument legt. Wenn man an der Kurbel dreht, während keine Notenscheibe aufgelegt ist, so erheben sich alle tonerzeugenden Röhren und sämtliche Töne des Instruments erklingen gleichzeitig, während beim Auflegen einer Notenscheibe nur diejenigen Röhren in Wirksamkeit treten können, für welche in der Scheibe ein Loch ausgestanzt ist. Ohne Notenscheibe ist also das Instrument nicht zu gebrauchen. Die Direktoren der Leipziger Musikwerke in Göhlis-Leipzig, Friedr. Ernst Paul Geisig und Friedrich Max Dube, hatten zu bedenken vor ihnen hergestellten Ariftons aus Notenscheiben anfertigen lassen, welche die Walzerkomposition von Rudolf Waldmann, früher in Breslau, jetzt in Berlin, die unter dem Namen „Schunkelwäler“ bekannt ist, darstellt und waren von Herrn Waldmann, dessen Erlaubnis sie nicht eingeholt hatten, wegen Nachdrucks angegriffen worden. Die Sache wurde am 13. und 20. Oktober v. J. vor dem Leipziger Landgerichte verhandelt. Das Gericht sprach zwar die Angeklagten frei aus subjektiven Gründen, erachtete aber objektiv einen Nachdruck für vorliegend. Auf Einziehung der an Gerichtsstelle befindlichen Apparate war nicht erkannt worden. — Gegen dieses Urtheil hatten der Staatsanwalt und die Angeklagten Revision eingelegt. Ersterer rügte, dass nicht auf Einziehung der Instrumente und Notenscheiben erkannt sei, die letzteren dagegen forderten die Rechtsansicht des Landgerichts an, dass in der Verteilung der Notenscheiben objektiv ein Nachdruck zu erblicken sei. Der Beihelbiger der Angeklagten vor dem Reichsgericht, Rechtsanwalt Dr. Seelig, wies zunächst darauf hin, dass die Angeklagten, obwohl freigesprochen, ein wesentliches Interesse daran hätten, dass ihre Notenscheiben nicht als Nachdrucksgemalte angesehen würden, da hiervon die ganze Existenz der betreffenden Industrie abhänge. Im Uebrigen suchte er nachzuweisen, dass die Notenscheiben kein Schriftwerk und kein Produkt mechanischer Vervielfältigung seien. Der Reichsanwalt beanstandete zunächst die Zulässigkeit der Revision der Angeklagten, da sie durch ein freisprechendes Urtheil nicht beschwert würden. Wenn, so führte er aus, ihrem Antrage gemäß das Urtheil aufgehoben würde, so könnten sie auch nicht mehr als freigesprochen werden. Sie möllen nur eine andere günstigere Begründung des Urtheils, und in dieser Richtung ist eine Revision nicht zulässig. Das im Sinne des Gesetzes die Aufeinanderfolge von Tönen, welche, wenn auch mechanisch, ein Musikstück wiedergeben, als Musik anzusehen ist und dass das Gesetz in dieser Richtung Schutz gewährt, scheint außer Zweifel zu sein, denn das Gesetz hat es nur mit den Vermögensrechten des Verfassers zu thun, nicht mit den ästhetischen und künstlerischen Interessen. Es wird eingewendet, die Notenscheiben seien keine Schriftwerke und deshalb liege kein Nachdruck vor; das Gesetz spricht aber nur von der Vervielfältigung von musikalischen Kompositionen, von Schriftwerken ist gar nicht die Rede. Von einem Schutze der Melodie, wie er in Frankreich besteht, wird man nicht sprechen können, dafür gewährt bei uns das Gesetz Schutz gegen unbedeutende Aufführungen. Wie die graphische Darstellung erfolgt sein muss, davon sagt das Gesetz gar nichts. Wenn s. B. irgend ein Werk über praktische Telegraphie in die Zeichen des Morse'schen Telegraphenapparates

übersetzt würde, so wäre das ganz gewiss ein Schriftwerk in dem gewöhnlichen Sinne, denn die Zeichen sind für die Interpreten verständlich, und der Richter würde darin zweifelsfrei einen Nachdruck erblicken. Denken wir uns, dass die gewöhnliche Notenschrift verfallen wird und es würde s. B. das dreigeschriebene a durch e dargestellt. Nehmt an liegt hier die Sache Jemand, der sowohl die gewöhnliche Notenschrift als die für die Ariftons nöthigen Zeichen kennt, nimmt das Notenblatt vor sich und zeichnet in die Pappscheibe das Loch ein, welches der betreffenden Note entspricht. Das ist doch unzweifelhaft eine Kopie des Notenbuchs, nur mit etwas anderen Zeichen. Diese Kopie wird dann in der mechanischen Weise von der Welt (durch Lithographie und durch Ausfräsen der Löcher) vervielfältigt. An einem solchen Instrumente ist überhaupt alles mechanisch. Ich bin demnach der Ansicht, dass ein Nachdruck vorliegt. Das durch eine solche Nachdrucksgemalte eine Industrie geöhdet wird, kann man vom nationalen ökonomischen Standpunkte aus betauern, aber vom rechtlichen Gesichtspunkte aus kann man nur sagen: mögen sich die Herren Fabrikanten mit den Komponisten verständigern. Die Angeklagten haben das ja auch schon in anderen Fällen gethan. Liegt eine Straftbat und eine Strafbarkeit vor, kann wohl nicht, wie das Landgericht Leipzig, das sonst so gut und sorgfältig gearbeitete Urtheil liefert, zu der Ansicht kommen konnte, dass noch ein ganz spezieller Antrag auf Einziehung der Instrumente resp. Nachdrucksgemalte vorliegen müsse, wenn auf Einziehung erkannt werden sollte. Ich beantrage auf Einziehung zu erkennen und im Uebrigen die Revision der Angeklagten zu verwerfen. — Das Urtheil des Reichsgerichts ging jedoch dahin, dass beide Revisionen zu verwerfen seien; speziell die der Angeklagten wurde als unzulässig bezeichnet.

### Vereine und Versammlungen.

**Aufruf!** Unterzeichneter ersucht alle Vorstände und Kommissionen der Bauhandwerker, Fachvereine u., als Tischler, Zimmerer, Maurer, Töpfer, Anschläger, Glaser u. s. w., fernst alle Arbeiter des Baugewerks, am Sonntag, den 31. Januar, keine Versammlung einzuberufen, resp. abhalten zu wollen, sondern eine allgemeine Versammlung einberufen werden soll. Die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es wünschenswert erscheinen, diese Versammlung der Bauhandwerker und Arbeiter recht rege zu besuchen. Unterzeichneter bittet, dies in weitestem Kreise bekannt zu machen. Die Einladung zu dieser Versammlung wird noch besonders durch Annoncen und Plakate erfolgen. Arnold Krüge, Tischler, Fürstendamm 11.

**Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Drechsler** Bezir. D. Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung Voßringerg. 59 bei Wolff.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Rükler und Koffermacher.** Am Montag, den 25. d. M., fällt die Vereinsversammlung aus.

**Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Bergolder und Berufsgenossen (G. d. Nr. 19).** Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, Generalversammlung im oberen Saale des Herrn Keller, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Kassenberg. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Beschiedenes.

**Eine Versammlung sämmtlicher in der Kartonnagenbranche beschäftigten Arbeiter** findet am Montag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr, in Oberbach's Lokal, Blumenstraße 56, statt. Tagesordnung: „Unsere Forderungen.“ Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht aller Kollegen.

**Verein der Sattler und Fackengassen.** Sonnabend den 23. Januar, Abends 8½ Uhr, zweite Generalversammlung in Galmers Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Bericht der Arbeitvermittlungskommission. 3. Beschiedenes. 4. Fragekasten. Mitgliederbuch legitimirt.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Fabrik-, Dampfer- und anderer gewerblicher Arbeiter beiderlei Geschlechts (G. d. Nr. 22).** Sonntag, den 24. d. M., Vormittags 10½ Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Voßringerg. 106. Die alten Statuten werden umgetauscht. Mitgliederbuch legitimirt.

**Große öffentliche Versammlung der Glas- und Handlungsmacher** Berlin am Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Universum, Brunnenstraße 29. Tagesordnung: „Die Lohnfrage.“ Mitglieder aller Gewerkschaften haben Zutritt.

**Gesang-Verein „Harmonia.“** Uebungsstunde jeden Samstag, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schumann, Unter den Eichen 38.

### 1.ziehung d. 4. Klasse 173. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. Januar 1884.

Nur die Gewinns über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in der Tabelle beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

Table with 4 columns and multiple rows of lottery numbers. The table contains columns of numbers separated by vertical bars, representing different prize classes and their winning amounts.

Table with 4 columns and multiple rows of lottery numbers, continuing the list from the previous table. It includes columns of numbers and corresponding prize amounts.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

81. Sitzung vom 22. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates von Burhard und Kommissarien.

Die Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern wird fortgesetzt.

Abg. Bod (Sozialdem.): Daß die Lage der Arbeiter sich in Folge der Schutzollpolitik verbessert oder die Arbeitsgelegenheit sich vermehrt habe, bestreite ich entschieden. Die Lage der Arbeiter ist vielmehr wesentlich schlechter geworden, und die Streikes sollten nur beabsichtigte Lohnherabsetzungen hindern, die z. B. in Offenbach u. a. D. stattgefunden haben. Auch die Lage der Landwirtschaft hat sich durch die Getreidezölle keineswegs gebessert. Die Frage, ob Schutzoll oder Freihandel, ist, ebenso wie die Währungsfrage überhaupt, auf die Lage der Landwirtschaft und Industrie ohne Einfluß. Es besteht jetzt die wirtschaftliche Krise ebenso in Schutzollländern, wie in freihändlerischen Ländern, bei Gold- oder Silber- oder Doppelwährung. Die Schutzölle sind nur ungerechte Eingriffe in das wirtschaftliche Leben; und speziell dem kleinen Bauer und Landarbeiter nehmen Sie ja das, was Sie ihm vielleicht durch die agrarischen Zölle zugewendet haben, reichlich durch andere Zölle wieder aus der Tasche. Herr v. Kardorff hat gestern das Elend der Landarbeiter besser geschildert, als ein Sozialdemokrat es verstanden hätte; schon reichen auch die Arbeiterkolonien nicht mehr aus, den Strom der Arbeitslosen aufzunehmen, die für 25 Pf. arbeiten wollen unter Verhältnissen, die fast an das Gefängnis erinnern. Die immer schlechter werdenden Nahrungsverhältnisse des Arbeiterstandes müssen schließlich auch nachteilig für unser Heerwesen werden. Eine Beseitigung der zunehmenden Noth läßt sich durch keinerlei Zoll- oder Währungsregeln herbeiführen, sondern nur durch eine wirkliche, grundlegende Sozialreform in unserem Sinne! Heben Sie die Kaufkraft des Volkes, setzen Sie die unteren Klassen in den Stand, sich lebhafter an der Konsumtion zu beteiligen, dann wird auch bald die Klage über die Ueberproduktion verstummen. Maßregeln aber, wie die besondere Vergütung der Petroleumarbeiter, wodurch beispielsweise in meiner Heimat das Petroleum erheblich verteuert ist, verschlechtern nur die Lage des armen Mannes und erhöhen die Gefahren der Krise.

Abg. Gerlich (Konf.): Mit dem Petroleumfahrlasse ich mich nicht, laße die Herren Barth, Brommel und v. Schallha einträchtig auf ihm sitzen, und warre ab, was aus der Kommission an das Haus kommen wird. Als Agrarier stehen wir ein für das Wohl der Landwirtschaft, haben aber ebenso ein Herz für unsere Industrie und werden uns vor Allem sehr überlegen, ob wir den Wollzoll einführen oder nicht. Herr v. Minnigerode hat seinen Antrag auf seine Einführung im Abgeordnetenhaus angekündigt, wie der Abg. Barth gestern sagte, sondern nur gesagt, daß der Wollzoll der Landwirtschaft erwünscht sein würde, wenn ihre bedrängte Lage bezüglich der Spiritussteuer keine Anerkennung finden sollte. Herr v. Minnigerode hat das nur referierend angeführt und ausdrücklich erklärt, daß er für diesen Wollzoll nicht eintrete. (Hört, hört! rechts.) Herr Barth wollte durch seine Anführung nur Zwietracht zwischen Reuten säen, die bisher in der Schutzollpolitik zusammenstanden. Wir meinen es ehrlich mit der Wollindustrie als Sie (links), die Sie diesem Gewerbe den Zoll verweigerten, den wir ihm gern gaben, und wenn Sie die Industrie besser schützen zu wollen behaupten, so frage ich Sie: Erklären Sie sich bereit, den Zoll auf Wollgewebe zu reduzieren? (Zurufe links: Mit Vergnügen! Sofort!) Dann wird die Wollindustrie wissen, wo ihre Freunde sitzen, wahrscheinlich bei den Agrariern. (Sehr gut! rechts.) Die Zollpolitik, die hier beläpft wird, schafft uns 245 Millionen Einnahmen; woher sie sonst nehmen? Eine dagegen gerichtete Opposition sollte im Reichstage eigentlich keine Stätte finden. Aber, wie es im Faust heißt: „Reizt kenn' ich eure würdigen Pflichten, Ihr könnt im Großen nichts vernichten und sagt es nun im Kleinen an.“ Wir bestreiten sogar nicht, daß wir die Renten des Kapitals und die Renten der Landwirtschaft heiligen wollen (hört, hört! links), denn das Grundeigentum und unser Kapital ist in unseren Augen alles ein Nationalkapital. Von dem Nationalkapital leben die Arbeiter; und es handelt sich nicht darum, die Interessen der Großgrundbesitzer zu vernichten, sondern dem Arbeiter, dem kleinen Mann, mehr Antheil an ihren Renten zu verschaffen, indem wir den bestehenden Klassen Pflichten auferlegen gegen den kleinen Mann, wie z. B. im Falle der Unfallversicherung; Pflichten, die sie nur dann leisten können, wenn wir ihnen ihr Auskommen und ihren Unterhalt sichern. Ich freue mich, daß Europa endlich Front macht gegen die Kanibaler gewisser Koalitionen von Großkapitalisten, die durch Aktienmandate, Franchisen u. c. es bisher verstanden haben, Getreide vom Auslande, wo sie ihr Kapital angelegt haben, billiger hierher zu schicken.

Abg. Meyer (Halle): Der Redner warnte uns davor, jetzt schon über das Branntweinmonopol zu sprechen, und um uns durch die That zu beweisen, wie ungewandt das sei, hat er selber eine Rede darüber gehalten. (Weiterleit.) Wir sind übrigens, seitdem wir wissen, daß die Vorlage beim Bundesrat scheitert, ganz einverstanden damit, mit der Debatte darüber noch zu warten, und wir hatten unsere Resolution eingebracht, als wir noch nicht wußten, wann die Sache an uns herantreten würde. Wenn wir inzwischen nicht gerade davon abtraten, daß man im Lande mit Petitionen gegen das Monopol vorgeht, so folgen wir darin nur dem Beispiel, welches Sie (nach rechts) uns mit Ihrer Agitation für die Getreidezölle und die Doppelwährung gegeben haben. Die Thronrede sagt, die vorhandene Ueberproduktion rühre aus dem nationalen Aufschwung, und dieser wieder rühre aus dem Schutzollpolitik. Wenn man trotzdem sagt, die Schutzollpolitik sei nicht schuld an der Krise, so ist das ebenso, als wenn ein Arzt, dem ein Patient stirbt, sagen wollte: Ja, er ist nicht an seiner ursprünglichen Krankheit gestorben, die ich mit Medizin vertrieben habe, sondern daran, daß diese Medizin eine neue Krankheit in ihm erzeugt hat. (Weiterleit.) Dem Kranken wird beides wohl völlig gleichgültig sein. Ihre Schutzollpolitik hat jedenfalls nicht die erwarteten Folgen gehabt; sie beruht jetzt seit sieben Jahren, und trotzdem klagen die Urheber dieser Politik über die jetzigen wirtschaftlichen Zustände im Lande so laut, wie wir, die Gegner Ihrer Schutzollpolitik, es niemals zu thun gewagt haben. Wenn man sagt, die Preise der Produkte seien nach den Schutzöllen wohlfeiler geworden, so sind sie doch jedenfalls bei uns theurer, als in den Ländern, welche Handelsfreiheit haben. Die Preisen niedrigen Preisstandes sollte man statt zur Einführung von Schutzöllen lieber dazu benutzen, die Konsumtion zu heben. Was das Volk sparen kann an Ausgaben für die nöthigsten Lebensmittel, das wendet es an zum Kauf anderer Dinge, und so entsteht eine naturgemäße Steigerung der Produktion;

nicht, wie es jetzt geschieht, eine Ueberproduktion. Die Schutzöllner wollen die Produktion einseitig heben, während in der That Produktion und Konsumtion Hand in Hand gehen müssen. Dabei können den Schutzöllnern naturgemäß die Zölle nie hoch genug werden. Wenn Faust, der nie mit dem gegenwärtigen Augenblick zufrieden sein wollte, sich in in die heutigen wirtschaftlichen Kämpfe gefügt hätte, er wäre Schutzöllner geworden. Da hätte er zu seinem einzigen Postulat gesagt: „Verweile doch, du bist so schön!“ Man wirft uns vor, wir wollten die Grundrechte drücken. Wir wollen nur, daß der Preis vom Grund und Boden wieder so weit zurückgeht, wie er künstlich gestiegen ist. Uebrigens danke ich Herrn von Kardorff, daß er uns so offen den Zusammenhang der Silberwährung mit dem Import indischer Weizens klargestellt hat; daß er uns offen sagte, der Weizen könne in Ländern mit Silberwährung deshalb billiger gebaut werden, als in Goldwährungsländern, weil sich in jenen Ländern die Arbeiter mit den schlechten entwertheten Silbermünzen begnügen müssen und keine Lohnhöhung durchsetzen können. Dies ist also das Loos, das Herr v. Kardorff auch unseren Arbeitern bereiten möchte. (Sehr richtig! links.) Die indischen Zustände möchte er bei uns einführen! Das ist das ganze Geheimniß Ihrer Doppelwährung; das ist das Geheimniß des Agrarienthums, und kurz ausgedrückt heißt es: „Stirb, damit ich lebe!“ (Lebhafte Beifall links! Widerspruch rechts.)

Abg. v. Kardorff: Ich bestreite dem Redner, daß wie bei uns indische oder russische Münzverhältnisse mit unterwerthigem Metall einführen wollen; wir wollen lediglich das Niveauniveau zwischen Gold und Silber und das hohe Agio beseitigen. Sie sagen, dies sei nicht möglich. Nun, in Frankreich war es zur Zeit der Doppelwährung doch möglich, da überstieg das Agio nicht die Transportkosten des Metalls zwischen London und Paris. (Widerspruch links.) Es sind also keine egoistischen Motive bei den Bimetallisten vorzuhaben. Die Abschaffung des Agios würde unserer ganzen gemeinlichen Thätigkeit zu Gute kommen, namentlich der ärmeren Bevölkerung. Ist es denn ein gerechter Zustand, wenn, wie es jetzt geschieht, den wenigen Millionen Wohlhabender das Gold zugewiesen wird, und die vielen Millionen Nichtbesitzer auf den Verkehr mit Silber beschränkt sind? Leider aber haben gerade die Führer der Arbeiterbewegung für die Währungsfrage gar kein Verständnis. Die Arbeiterverhältnisse werden durch Wiederherstellung der Wollwerthigkeit des Silbers nicht gefährdet, sondern gehoben. Dagegen muß die in unerträglicher Weise heruntergegangene Rente des Grund und Bodens gehoben werden, wenn das Land wieder wirtschaftlich prosperiren soll. (Beifall rechts.)

Abg. Bamberger: Herr v. Kardorff leugnete gestern die Ueberproduktion, und als man ihm die Thronrede entgegenhielt, hatte er auf einmal nichts gehört. Tauben Ohren ist nicht gut predigen; man ignorirt die triftigsten Einwände und hält seine Reden weiter, ohne sich aus dem Konzept bringen zu lassen. Auch Herr v. Minnigerode hat, wie ich schon sagte, sich nicht um Ueberproduktion, sondern um Unterkonsumtion handle, kann ich nicht folgen. Die Wahrheit ist, daß die Produktion aus tausend bekannten Gründen in einer Weise gestiegen ist, daß die Konsumtion auf ganz erklärliche Weise nicht rasch genug mit ihr Schritt halten konnte, und bis dieser Ausgleich sich vollzogen hat, werden wir an Schwierigkeiten laboriren. Ganz sicher leidet die Landwirtschaft nicht in dem Grade wie die Industrie an Ueberproduktion, aber in der Ueberproduktion, die auf der Grenze zwischen beiden steht, zeigt sich dasselbe Phänomen, dessen Natur und Ursprung am deutlichsten auf dem Gebiet wird, auf dem es am häufigsten auftritt, auf dem der Metallurgie, der Erzeugung. Nicht nur die Technik ist enorm entwickelt, sondern die ganze Welt bildet ein Revier. Kein Artikel ist im Preise so gefallen wie die Erze, weil die ganze Erde von Minengruben durchwühlt wird in einer Weise, von der man noch vor einem Jahrzehnt keine Ahnung hatte. Unsere Eisen-, Blei-, Zinn- und Silbererzeugung nähert sich zum großen Theil von Erzen aus Australien und an den Seen Amerikas und am Trollhätatalen in Schweden wird eine elektrische Kraftmaschine aufgestellt, mittelst der australische und amerikanische Erze verfrachtet und verarbeitet werden sollen. Spanien wird an hundert von Stellen angebohrt, die bisher nicht angegriffen waren. Man rechnet in dieser Branche nicht mehr mit dem heimischen Terrain, sondern mit der ganzen Welt; wie kann die Konsumtion dieser gesteigerten Produktion folgen? Dazu nehme man noch die entwickelteste Technik, den Verzicht auf großen Unternehmerr Gewinn bei entseffelter Konkurrenz. Auch unser Alltagsleben hat den Unternehmerrgeist zurückgedrängt, indem es von wichtigen moralischen Ermüdungen ausgehend, aber über das Ziel schießend, den Ethel hatte, daß peinliche und gewissenhafte Leute die Verantwortlichkeit ablehnen und mit Alltagsgesellschaften nichts mehr zu thun haben wollen. Für unsere so sehr begünstigten Kolonialunternehmungen wollte Niemand als Dirigent, als Vorstand einer Aktiengesellschaft die Verantwortlichkeit übernehmen, und man mußte juristische Personen schaffen, in denen ein anderes Regime gilt. Ferner wird unsere Industrie außerordentlich belastet durch die Bildung der Berufsgenossenschaften. Die Leiter großer Unternehmungen sind während eines guten Theils des Jahres bloß mit den Ehrenämtern beschäftigt, die ihnen dies Gesetz auslegt, sie sind sehr viel unterwegs und es kostet ihnen eine Masse Geld. Jeden Augenblick tauchen neue Zollfragen, Monopolprojekte für Feuer- und Branntwein u. a. auf; eine offizielles Zeitung braucht nur einen Artikel loszulassen und alle Betroffenen fühlen sich alarmirt und zur Verteidigung gedrängt. Das Alles summiert sich, wenn man es auch mit Fingern nicht nachweisen kann, und wenn sie auch das Weltphänomen der Ueberproduktion nicht erklärt, so kann doch die Schuld an der Thatsache der bei uns eingetretenen Stagnation von unserer gesetzgeberischen Tendenz nicht ganz abgewälzt werden. Die bimetalistische Schule hat ein Ruhmesmonopol angelegt für alle, die für den Bimetallismus schreiben; sie sind ungeheure Berühmtheiten; die Uebrigen sind armeliebig, hinter der „neueren Wissenschaft“ zurückgeliebene Leute. Wenn ich so die Herren von der neueren Wissenschaft reden höre, dann fällt mir immer Mephisto ein, der von einem Schüler sagt: „Das ist Einer von den Heuten, er wird sich grenzenlos erdreisten.“ (Weiterleit.) Die neueste Wissenschaft der Herren besteht meist nur darin, daß sie die neueste Nummer der „Börsen Zeitung“ gelesen haben. Danken Sie übrigens Gott, daß Sie die Ausrede noch haben, die Goldwährung allein sei daran schuld, daß alle Ihre Recepte zu Schanden geworden sind; was wollten Sie uns sonst denn überhaupt noch vordringen? Ihre Argumente mit dem indischen Weizen u. c. werde ich widerlegen, wenn die Währungsfrage selbst zur Debatte steht und dann werde ich Sie fragen, wie im März v. J.: „Für welche Kinder halten Sie uns denn, daß Sie uns solche blaue Märchen wollen glauben machen, wie die Geschichte von den 20 C. Extrapremie, die in Ostindien und Rußland auf den Weizen und Roggen gegeben werden?“

Wenn zu Deutschlands Unglück wirklich eine Mehrheit in einem Reichstage, oder gar eine Regierung sich finden würde, die mit Ihnen den salto mortale macht, unsere feste, unangreifbare, stabile Währung, die Herr von Kardorff in seiner paradoxen Art eine Anarchie nennt, anzugreifen, in das unbelannte Meer der internationalen Doppelwährung zu treten, dann mögen Generationen darüber vergehen, ehe wir wieder aus dem entsetzenden Elend herauskommen werden. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Hermann: Die agrarischen Zölle wie auch die neue Zuckervorlage haben lediglich den Zweck, den Männern mit „historischen Namen“, wie der Herr Reichskanzler sich ausdrückt, wieder einmal ein Geschenk zuwenden. Ich vertrete einen Wahlkreis mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung, dieselbe hat es stets abgelehnt, an der Schutzollbewegung theilzunehmen, nicht weil sie sich in einem Ausnahmezustand befindet, sondern weil sie es versteht, ihre Bedürfnisse mit ihren Einnahmen in Einklang zu bringen. Wenn Herr v. Schallha nach dem Vorgange des Herrn v. Kardorff und bezuglich hat, daß sich eigentlich zwei Drittel der bäuerlichen Bevölkerung am Rande des Bankrotts befänden, so muß ich sagen, daß seine Logik mit den Thatsachen und der Mathematik im Widerspruch steht. Ungeheuerlich war auch die Behauptung, daß wir ohne die Zölle schon längst die soziale Revolution gehabt hätten. Nein, so rasch lassen sich die Bauern nicht zur Revolution bestimmen. Sie wissen ja, wie rasch dieselben die Frucht der Ihrer Standesgenossen ertragen haben. Das sind ganz andere Stände, welche die Revolution machen, unsere Bauern nicht. (Auf: Sehr gut!) Herr Frege hat uns vorgehalten, daß unsere Haltung der Landwirtschaft gegenüber und allen Anhang auf dem Lande entschieden würde. Wenn er sich von der Wahrheit seiner Prophezei überzeugen will, so sollte er seinen Einfluß verwenden, daß wir eine Keimzahl bekommen. Unsere Bauern werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, dem Reichskanzler eine deutliche Antwort auf das Branntweinmonopol zu geben, das wiederum den Herren mit den „historischen Namen“ ungezählte Millionen in den Schooß legen soll. (Beifall links.)

Abg. Wibrandt hält die Schilderung der landwirtschaftlichen Kalamität, wie sie der Abg. v. Kardorff gegeben, für äußerst bedenklich, namentlich in Rücksicht darauf, daß die Landwirtschaft doch vom Kapitalisten abhängig und deshalb jede Ueberproduktion äußerst gefährlich sei. Einem Vergleich deutscher Verhältnisse mit englischen widersprechen nicht nur die agrarischen, sondern auch die politischen Einrichtungen beider Länder, und von dem früher so gern gebrauchten Argument, daß der amerikanische Farmer billiger produziren könne und deshalb ein gefährlicher Konkurrent des deutschen Landwirths sei, habe man vernünftiger Weise seit einigen Jahren Abstand genommen. Die Lage der deutschen Landwirtschaft führt Redner aus — berechtigt gar nicht zu so intensiven Klagen, dazu ist die Erfahrung lange noch nicht ausreichend genug. Dem Jahre 1871 ab haben wir die höchsten Getreidepreise dieses Jahrhunderts gehabt, 1880 erreichte der Weizen, 1881 der Roggen die oberste Preisgrenze. Wenn seitdem die Preise heruntergegangen sind, so liegt doch darin nicht ein Zeichen dauernder Kalamität der Landwirtschaft. Die wirtschaftliche Kalamität liegt in der Schutzollpolitik und in der Art und Weise, wie die Zölle bezw. deren Erhöhung durch wechselseitige Unterstüßung der Interessenten zu Stande gekommen sind. Das beweisen auch die ganz verschiedenen Ansichten über die Wirkung der Zollpolitik. Klarheit besteht in dieser Sache noch lange nicht, und deshalb geben wir die Hoffnung noch lange nicht auf, daß, wenn die Klarheit einmal herbeibringt, die Herren wieder oblige Freihändler werden. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Der Herr Abg. Bamberger hat mir vorgeworfen, daß ich die Währungsanarchie proklamiren wollte, ich habe nur von einer solchen in der ganzen Welt gesprochen, und diese besteht. In Amerika steht die Doppelwährung auf dem Papier, wie bei uns zum Theil die Goldwährung. Die jetzigen Ausführungen des Herrn Kollegen Bamberger lauten ganz anders als in seiner Proklamation da es ihm darauf ankam, die Regierung zu Silberverkäufen zu vermögen. Herr Bamberger will mir vorwerfen, daß meine Prophezeiungen nicht in Erfüllung gehen? Sind denn die seitigen eingetroffen? Hat denn etwa das Silber immer den Preis gehalten, den es bei Einführung der Goldwährung hatte? Ich behaupte noch heute, daß die wohlthätigen Wirkungen des Zolltarifs voranschritt werden würden, wenn nicht der Demonetirung des Silbers entgegengegriffen würde. Es wäre sehr leicht, die Wollwerthigkeit des Silbers wieder herzustellen, und Deutschland muß es thun, weil es durch seinen Uebergang zur Goldwährung Veranlassung zu den jetzigen Verhältnissen gegeben hat, weil seine Münzverhältnisse denen anderer Staaten gegenüber relativ gesund sind und weil es die nöthige Autorität besitzt.

Abg. Leuschner kann es nicht zugeben, daß der Rückgang der Preise lediglich Folge der Ueberproduktion sei, derselbe sei vielmehr eine ganz allgemeine Erscheinung. Im Uebrigen ist Redner von den wohlthätigen Wirkungen der Schutzollpolitik, namentlich für den Arbeiterstand, überzeugt.

Abg. Dr. Frege: Der Abg. Hermann hat die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Reich mit denen in Altenburg identifizirt. Das Land wird seine Ansichten nicht theilen. Er hat den Vorzug gehabt, zuerst die agrarischen Zölle mit den historischen Namen in Verbindung zu bringen. Nun, ich frage keinen historischen Namen. (Auf links: kommt noch!) Ich vertrete hier auch gerade den kleinen Grundbesitzer und seine Interessen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bamberger: Herr v. Kardorff sagte, er habe von einer allgemeinen Währungsanarchie gesprochen, nicht von einer deutscher. Ich denke in deutschen Verhältnissen zunächst an unsere eigenen Interessen und zerbreche mir nicht die Köpfe der Amerikaner und Franzosen. Wenn ich darauf bestanden habe, daß unser noch entsefftes Silber verkauft werde, so ist das kein Widerspruch. Ich habe immer behauptet, die 400 Mill. Silber, die wir noch übrig haben, sind allerdings kein gefährlicher Ueberfluß für uns, allein daß sie einen Verlust für uns mitbringen, brauche ich nicht mehr nachzuweisen. Wenn wir 1879 fortgefahren hätten, Silber zu verkaufen, so hätten wir 40 Mill. weniger Verlust an diesem Silber gehabt. Ich will im Uebrigen heute keine Währungsdebatte führen; bringen Sie Ihre Anträge sobald wie möglich ein, dann werde ich gern mit Ihnen darüber debattiren. Nur raube ich Ihnen, uns dann mit allgemeinen Zumuthungen und Vorschlägen zu versehen, und bitte Sie, uns lieber gleich den Entwurf des Vertrages vorzulegen, den Sie mit den anderen Staaten schließen wollen. Dann werden wir ihn debattiren und sehen, ob der Reichstag ihn annimmt. (Beifall links.)

Abg. v. Koller: Der Abg. Hermann hat versucht, eine Feyerabend dabei ins Land zu tragen, daß er sagte, die Herren mit historischen Namen ließen sich Millionen vom Staate in den Schooß werfen. Die Großgrundbesitzer können noch am ersten solche Beten ertragen. Wenn aber Herr Hermann

sagte, der Bauer liege sich auf die Tasche mit Gold und Wertpapieren, und sei entsetzt über die Zumuthung der Agrarier, so denkt er wohl nur an die allerbürgerliche Verhältnisse. Was den Bauer im Allgemeinen betrifft, so brauche ich Sie nur an die ungleichen Steuerlasten, an den Rückgang der Preise, an die Verneinung der Substantionen erinnern, um Ihnen zeigen, daß man einfach die Augen schließt, wenn man sich über die nationalen Schäden mit hochtrabenden Redensarten hinwegtäuschen will. Haben Sie doch mehr Verständnis und mehr Mitleid mit den kleinen Besitzern auf dem Lande. Weder Radomontaden, noch hochagitorische Reden (Blode des Präsidens), welche außerhalb des Hauses, namentlich in der Presse laut werden (große Freiheit), können uns aus der Kalamität herausheilen. (Der Präsident bittet den Redner, Worte, wie Radomontaden, zu vermeiden, selbst, wenn dieselben durch Zufall, wie: „welche außerhalb des Hauses u.“, abgeschrieben würden. (Heiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen.  
 Persönlich bemerkt Abg. Barth: Der Abg. Gerlich hat gemeint, Herr v. Minnigerode hätte im preussischen Abgeordnetenhaus keine Erklärung zu Gunsten der Einführung von Wollzoll abgegeben. Der stenographische Bericht wird entscheiden, ob diese Behauptung richtiger ist, als der Eindruck, den meine Freunde von der Rede Minnigerodes gehabt haben.

Abg. v. Schallsch (zur Geschäftsordnung): Ich konstatire, daß auf meinen gestrigen Vorwurf, daß die Zollbehörden eine Praxis ohne Anlaß ausübten, die sie früher getrieben, der Bundesrath nicht geantwortet hat.

Schafsekretär v. Burchard: Ich habe garmacht geglaubt, daß der Vorredner eine Antwort erwarte. Ich kann ihm nur empfehlen, den geordneten Instanzenzug in dieser Sache zu betreten. Wenn ich dem Herrn Abgeordneten nicht geantwortet habe, so geschah dies keineswegs aus Unhöflichkeit.

Der Titel wird bewilligt.  
 Die Tit. 2 (Tabakssteuer), Tit. 3 (Rübendrucksteuer), Tit. 4 (Salzsteuer) werden ohne Debatte bewilligt.

Zum Tit. 5 (Branntweinsteuer und Uebergangsabgabe von Branntwein) liegt folgende Resolution der deutsch-freisinnigen Partei vor:

Der Reichstag wolle beschließen, zu erklären: „Die Einführung des Branntweinmonopols ist in politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung verwerflich.“

Abg. Richter: Es ist nicht unsere Absicht, eine materielle Debatte über die Frage des Branntweinmonopols zu veranlassen. Indessen muß ich doch gegen eine Aeußerung Gerlichs protestiren, als ob es etwa ungebührlich sei, hier über das Monopol zu sprechen, ehe die Vorlage an uns gelangt ist. Für das Monopol haben gerade seine Freunde in anderen Häusern zu sprechen angefangen, obgleich das Monopol an daselbe nie gelangt ist, noch überhaupt gelangen wird, und Herr v. Scholz, der preussische Finanzminister, hat bei Einbringung des Etats im Abgeordnetenhaus eine förmliche Rede für das Monopol gehalten. Der Zweck der Einbringung unserer Resolution war, die Parteien und das Land scharf und bestimmt auf die Dinge hinzuweisen, welche sich hinter den Kulisfen vorbereiten. Anfangs wurde dem Antrag von den Gegenpartei ein gewisser Spott entgegen gesetzt; man sprach von Seitenblasen, von einem Kampf gegen Windmühlen, von Absichten, die man nicht lenne u. Aber am 24. Dezember, neun Tage nach der Einbringung der Resolution, gab die Regierung ohne Weiteres zu, daß sie sich mit einem solchen Plane beschäftige, und am 8. Januar bereits war ein förmlicher Entwurf an den Bundesrath gelangt und veröffentlicht. Es handelt sich jetzt nicht darum, das beabsichtigte Monopol für verwerflich zu erklären. Jetzt handelt es sich um ein bestimmtes Projekt. So ist es fraglich, ob es richtig ist, den Antrag materiell weiter zu verfolgen, ganz abgesehen davon, daß nach unserer Geschäftsordnung eine Abstimmung über die Resolution erst in dritter Lesung möglich ist. Ich behalte mir vor, die Resolution bei der dritten Lesung wieder einzubringen. Am besten wäre es schon, wenn das Monopol schon vorher verworfen würde. Wir wünschen, daß bis dahin die Frage zur Abstimmung gelangt ist und nicht im Lande verfaulend wird, was geeignet wäre, die Opposition im Lande gegen dieses verwerfliche Projekt zu verstärken. Herr Gerlich und andere Redner der Konservativen haben versucht, diesen Antrag als Dopelei hinzustellen, als verwerflich, daß Wirthe in Birkularen aufgefordert haben, Petitionen gegen das Monopol zu unterschreiben. Die Leute thun nichts anderes, als was die Konservativen in ihren Kaffees in Bezug auf die Einführung des Wollzolls selbst thun. Der Unterschied ist nur der, daß diese ihre besonderen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit vertreten, während jene nur ihren privaten Egoismus schützen wollen.

Die Verstärkung der Opposition gegen dieses Projekt ist um so notwendiger, als es nicht nur darauf ankommt, bei diesem Projekt den Reichstagler überhaupt zu schlagen, nein, der Reichstagler muß so geschlagen werden, daß es ihm für immer verleidet wird, mit ähnlichen Monopolprojekten wiederzukommen, welche große Kreise der Bevölkerung beunruhigen und die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse noch mehr verschlimmern. (Beifall rechts. Widerspruch rechts.)

Schafsekretär v. Burchard: Herr Richter hat mit erheblicher Stimme seinen Antrag selbst als einen agitatorischen bezeichnet. Ich beschäftige mich aber nicht mit der Höflichkeit, die er fast allen Parteien dieses Hauses, wenigstens den National-liberalen, gesendet hat. Ich habe mich nur mit den scharfen Worten zu beschäftigen, welche er in Bezug auf den Bundesrath geäußert hat. Er sagte, die Resolution seiner Partei hätte dazu beigetragen, die öffentliche Meinung über die Ueberwältigung aufzuklären. Das ist doch wirklich ein sehr schwerer und dazu grundloser Vorwurf gegen den Bundesrath, das kenne ich so recht die Art und Weise, wie der Herr über den Bundesrath spricht. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin leider gewohnt, daß von jener Seite in dieser Beziehung das Krüftste geleistet wird. Ein so großes Uebel, wie dieses, bedurfte einer eingehenden Ausarbeitung. Es wurde am 8. Januar an den Bundesrath gebracht und an demselben Tage gegen die sonstige Gewohnheit veröffentlicht. Wir haben gerade dem Lande Gelegenheit gegeben, sich möglichst früh mit dem Projekt zu beschäftigen. Wie kann also der Abgeordnete Richter den Bundesrath beschuldigen, er hätte das Land überrumpeln wollen! Derartige agitatorische Reden — anders kann ich sie nicht bezeichnen — werden hoffentlich das Land nicht abhalten, die Sache ruhig zu prüfen, denn nur so ist ein gedeihlicher Erfolg zu erwarten. (Beifall rechts.)

Abg. Buhl: Ich weiß nicht, ob Herr Richter die Resolution zurückgezogen hat oder sie nur nicht diskutieren will. Ist sie nicht zurückgezogen, so habe ich im Namen meiner politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir gegen die Resolution Ausfeld stimmen werden, ohne damit zu dem materiellen Inhalt derselben irgendwie Stellung zu nehmen. Nachdem bereits eine bezügliche Vorlage bei dem Bundesrath eingebracht ist, würde die Annahme der Resolution im gegenwärtigen Augenblicke die Ablehnung eingehender Erwägung eines betreffenden an den Reichstag gelangenden Gesetzesentwurfs bedeuten, eine Ablehnung, welche auch nicht von den Gegnern des Entwurfs ausgesprochen werden sollte, da sie ebenso wenig der großen Bedeutung der Frage als den konstitutionellen Uebungen entsprechen würde.

Abg. v. Köller: Wenn Herr Richter angeführt hat, daß der preussische Finanzminister die Frage des Monopols im preussischen Abgeordnetenhaus ausführlich besprochen habe und daß auch der Abg. Gerlich auf dieselbe eingegangen sei, so vergißt er, daß Herr Barth es gewesen ist, der die Monopolfrage zuerst in die Debatte gezogen hat. Ueberrascht hat und

die Einbringung der Resolution von der freisinnigen Partei nicht, wir sind an ein derartiges agitatorisches Vorgehen gewöhnt. Die Vorlage ist ja noch im Bundesrath. Beim Tabaksmonopol waren Sie höflicher, dies erklärten Sie nur für „un-gerechtfertigt“; das Branntweinmonopol erklären Sie für verwerflich. Auch der Ton der stillen Entrüstung, den Herr Richter heute anschlug, entspricht dem durchaus. Aus Rücksicht auf den anderen Faktor der Gesetzgebung durften wir auf die Sache, so lange sie noch im Bundesrath berathen wird, nicht eingehen. Wir können nur dasselbe erklären, wie der Graf Stolberg gegenüber der Reichlichen Resolution, betr. das Tabaksmonopol im Jahre 1880: „Es ist eine unerfahrene Truppe, die ihre Gewehre abschießt, ehe sie den Gegner gesehen hat. Wenn dann die wirkliche Aktion kommt, mangelt die Munition.“ (Abg. Barth: Wir haben Patronen genug gehabt.) Auch die jetzige Resolution war nur eine unbedeutende Agitation und Aufregung. (Abg. Braun: Ist Aufregung ein parlamentarischer Ausdruck?)

Abg. v. Frankenstein: Ich kann mich auf die Erklärung beschränken, daß, nachdem die Resolution zurückgezogen ist, wir keine besondere Veranlassung haben, zu der Frage des Monopols Stellung zu nehmen.

Abg. Richter: Ich kann nur bedauern, daß die national-liberale Partei sachlich keine bestimmte erkennbare Stellung zu der Frage eingenommen hat. Wer das nicht thut, der ist mit verantwortlich für die große Beunruhigung, die über weite Kreise gebracht ist. Für die national-liberale Partei lag es um so näher, eine bestimmte Stellung zu ergreifen, als große Organe derselben bereits eingeschwenkt haben, während große Kreise ihrer Wähler erklären, daß sie von dem Monopol nichts wissen wollen. Sie werfen uns Agitation vor. Der Meister der Agitation ist aber der Reichskanzler selber; ihn nehmen wir uns zum Muster, und folgen ihm, so weit uns das als unabhängigen Männern möglich ist. Herr v. Burchard sagt ich, daß ich vom Bundesrath gar nicht gesprochen habe, der kommt hier gar nicht in Frage; die Herren vom Bundesrath sind auch überrumpelt worden, wenigstens die kleineren. Wenn ich angeklagt habe, daß ich die preussische Regierung. Dies anzustellen, war der Zweck unserer Resolution, die wir jetzt zurückziehen, aber bei der dritten Lesung wieder einbringen werden, wenn nicht dann schon das Monopol in die Brüche gegangen ist. (Beifall links.)

Abg. Geiser erklärt, daß seine Partei gegen das Monopol stimmen werde.

Abg. Graf Behr: Keine Partei erachtet es nicht für opportun, im gegenwärtigen Augenblicke Stellung zu der Monopolfrage zu nehmen.

Abg. Buhl: Herr Richter hat gemeint, daß wir eine ganz besondere Veranlassung hätten, uns über das Monopol auszusprechen. Von keiner Partei ist entschieden Stellung zu demselben genommen worden, insbesondere ist das von der ausschlaggebenden Partei des Centrum bis jetzt nicht geschehen.

Abg. Richter: Im Lande weiß ein Jeder, wie das Centrum über das Monopol denkt; wenn Ihre Stellung so klar wäre, wie die des Centrum, so würden wir mit Ihnen vollständig zufrieden sein.

Abg. Windthorst: Ich wollte den Abg. Buhl bloß fragen, ob wenn wir unsere Stellung noch deutlicher ausdrücken, auch er sich deutlich und bestimmt auslassen wird. Wir meinen, wir hätten über das, was wir denken, keinen Zweifel auskommen lassen.

Abg. Buhl: Wenn es Zeit ist, werden auch wir nicht verfehlen, unsere Antwort zu geben.

Abg. Windthorst: Ich sehe das als eine Verneinung meiner Frage an.

Abg. Buhl: Ich sehe nicht ein, wie wir im gegenwärtigen Augenblicke eine andere Haltung beobachten könnten.  
 Der Titel wird bewilligt.  
 Beim Titel 6 (Brausteuer) empfiehlt Abg. Beitz nachstehende Resolution: Die verbündeten Regierungen um baldmögliche Abänderung des Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer vom 31. Mai 1872 in der Richtung zu ersuchen, daß die Bierbereitung zum Ersatz von Malz andere Stoffe nicht mehr verwendet werden dürfen.

Um 5 Uhr verläßt das Haus die weitere Debatte bis Sonnabend 2 Uhr.

**Abgeordnetenhaus.**

4. Sitzung vom 22. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerliche Raybach, Lucius, Friedberg, v. Scholz und Kommissarien.

Die erste Verathung des Staatshaushalts-Etats für 1886/87 wird fortgesetzt.

Abg. v. Redlig: Die Ausführungen des letzten Redners von gestern haben in mir bei ihrer unverkennbaren Absicht, der Opposition eine möglichst gute Jenur zu ertheilen, nur den Eindruck hervorgerufen, den am prägnantesten das Sprüchwort bezeichet: qui s'excuse s'accuse. (Oho links. Sehr gut! rechts.) Der Etat kennzeichnet sich dadurch, daß er mit einem Defizit von 14 Millionen Mark abschließt, außerdem aber besteht ein latentes Defizit, weil wir nach dem Konsolidationsgesetz verpflichtet sind, mit  $\frac{3}{2}$  pSt. die Eisenbahnschuld zu verginsen. Herr Richter hat mit dem ihm eigenen schönen Bruchton der Ueberzeugung sich selbst und seine Freunde als die Vertreter des alten preussischen Staatsgedankens hingestellt, aber nicht bedacht, worin dieser alte preussische Staatsgedanke bestand, nämlich darin, daß mit Rücksichtslosigkeit und Strenge an die Steuerkraft der Bürger appellirt wurde, sobald die Kraft sonst nicht ausreichte. Diesem Prinzip, das Preußen groß gemacht hat, haben sich die Freunde des Herrn Richter widerstet und stets die Gewährung von Geldern hintertrieben. (Sehr wahr! rechts.) Jetzt wird gegen das Branntweinmonopol losgegangen, um die leere Kriegskasse zu füllen und um Abonnenten für die „Frei-sinnige Zeitung“ zu schaffen. (Lachen links. Zustimmung rechts.) Die Behauptung, daß Deutschland durch seine Wirtschaftspolitik litt, ist vollkommen unzutreffend, gerade im Gegentheil gestattet sie unserem Vaterlande im vollen Umfang, die günstigen Chancen des Weltmarktes anzunutzen und sich von den schlechten fern zu halten. (Zustimmung rechts.) Unsere Lage, so wenig rosig sie ist, ist doch immerhin besser, als die denjenigen Länder, welche die gegenwärtige Richtung verfolgen, wie z. B. Englands. Die englische Parlamente beschäftigt es ja, ebenso, wie die Einsetzung einer parlamentarischen Enquete, welche die Ursachen der Unzufriedenheit, die der Freihandel geschaffen, untersuchen soll. Herr Neumann-Spallart hat es ja nachgewiesen. Wäre es richtig, daß uns unsere Schutzpolitik gegenüber Amerika Konkurrenzunfähig macht, dann müßte doch England gegenüber demselben Amerika mit größtem Erfolge konkurriren. Das Gegenteil ist der Fall, Englands Außenhandel ist seit 1876 stationär gewesen, während die Schutzstaaten einen Zuwachs ihres Außenhandels von 4 1/2 Milliarden Mark pro Jahr zu verzeichnen haben. (Hört! rechts.) Herr Richter warf Herrn v. Minnigerode vor, er habe die Lage der Landwirtschaft zu schwarz geschildert, was haben denn aber er und seine Freunde gethan? Sie haben gesagt, der Schwächere muß seinen Platz räumen! Im Reichstage hat er längerer und noch einigermassen unerfahrenen Mitglieder sich sogar dahin ausgesprochen: „Die Grundrente muß rücksichtslos heruntergehen.“ (Sehr gut! rechts.) Das ist wohl eine Radikalfuror à la Dr. Eisenhart, wenn man sagt, alle Grundbesitzer müssen zum Teufel gehen, aber nicht der richtige Weg, um dem Landwirth über die Krise hinwegzuhelfen. Seit 1879 sind die Löhne in die Höhe gegangen und haben sich nur gegen 1882 um etwas

verringert, bleiben aber immer noch über dem Stand von Ueberall stehen, daß die neue Wirtschaftspolitik theil weise von dem erwiesenen hat, was ihre Gegner vorgeschlagen (Sehr gut! rechts.) Was das Mittel des Branntweinmonopols angeht, so kann man leinwärts hier, an der Stelle, die Verantwortlichkeit nicht trägt, ein Wort für oder abgeben. Es ruft Bedenken der schwersten Art, wirtschaftliche und soziale, hervor, und es muß daher, ehe man darüber fällt, nachgewiesen werden, daß die Nachteile der Vortheile überwiegen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Die bisherige Disposition wenigstens sozial ist festgestellt, daß unsere wirtschaftliche Lage eine keineswegs günstige ist. Herr v. Minnigerode hat ein sehr düsteres Bild der Landwirtschaft entworfen, weder er, noch Herr v. Redlig haben uns die Mittel zur Hilfe gezeigt. Der Finanzminister war konsequenter: wartete Alles vom Branntweinmonopol. Es war nicht möglich vom Finanzminister, allen möglichen Vorschlägen Berge zu versprechen, bevor er die Mittel in der Hand hat. Die Frankenstein'sche Klausel und die lex Quene sollen die Finanzen in Konfusion gebracht haben? Die große der Reichthum hat für beide gestimmt. Und im deutlichen Tage hat im vorigen Jahre bei der Verathung der Ueberwindung Niemand an der Frankenstein'schen Klausel rüttelt. Diese und die Quene'sche Klausel ist für die nächste Tag ein ganz entscheidender Fingerzeig und ein Anzeichen sparsam zu sein. Hätten wir das Geld, was den Staat überlesen ist, noch, so würden wir einfach lustig wirtschaften. Die Erklärungen der Reichthum über den Kampf haben mich einigermassen befriedigt. Ich würde warten, welche Stellung sie zu praktischen Vorlagen, die von uns oder von der Regierung ausgehen, werden. Ich hoffe, daß dieser unselbige Reichthum wirtschaftlich, sittlich und kulturell die traurigsten Zustände hat, bald ein Ende finde, damit wir alle glücklich gemeinsamen Interessen des Vaterlandes dienen können. (Beifall im Centrum.)

Abg. Gobrecht: Es ist hier vielfach von der schaffspolitik des Reichskanzlers die Rede gewesen. Ich haben aus dem vorliegenden Etat und der allgemeinen der wirtschaftlichen Verhältnisse einen glänzenden Beweis Anderen einen völligen Mißerfolg hergeleitet gesucht, man unter Wirtschaftspolitik das Schutzsystem zu verstehen, so blicken wir auf eine viel längere Periode zurück, um darüber ein Urtheil zu gewinnen, man aber unter Wirtschaftspolitik auch vertriebt, die Regierung die Aufgabe hat, für die Rentabilität einer werthvollen einzutreten, so muß ich diese Ansicht ablehnen. Auch ich meine, daß die Frankenstein'sche Klausel wesentlich dazu beigetragen hat, die Ueberweisung der Staatskasse zu machen, wie es hätte sein können. Dennoch, ich, daß wir uns mit der lex Quene zu einem gewissen Grade kannt haben, der zu einem dauernden Defizit führen würde, Gegenstand zu dem Abgeordneten Windthorst, der Sicherung der Sparsamkeit erblickt, finde eine außerordentliche Verschwendung. Die arme Partei hat für ihre Armen zu sorgen wie die reichsten, die reichsten in der Eifel muß den Kindern den Land nicht geben lassen, den die Gesamtheit als Reichthum nicht halten, und die reichsten darf das Ziel der Reichthum nicht wesentlich heraufstreben. In u. f. w. ist es ebenso. Die Folge davon ist, daß die Lasten der Selbstverwaltung beinahe im umgekehrten Verhältnisse zu ihrer Leistungsfähigkeit in den verschiedenen Landestheilen, daran finde ich allerdings eine prinzipielle fertigung einer gewissen Mithilfe des Staats, die in einem gewissen Widerstreit: Selbsthilfe und Ueber die Grenzen beider müssen wir endlich klar werden wir sparsam wirtschaften wollen.

Finanzminister Dr. v. Scholz: Nachdem ich die verschiedenen größeren Parteien des Hauses Redner ermöglichte ich mir einige Bemerkungen zunächst allow zu erlauben und mir vorbehalten, mich dann noch mit Rednern speziell abzusprechen. Der Passus der welcher sich über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gesprochen hat, sollte nach verschiedenen Uebersetzungen Anfang einer Umkehr angesehen werden, als ob wir eine selbstbekenntnisse, daß es mit der Politik der Regierung doch keine üblen Seiten habe, die Lehre des Freihandels der keinen Manchesterismus ich doch wohl nicht stehen würde anerkennen. Nun, wenn ich bin ja bei der Feststellung des Vorlautes der auch betheiligt gewesen und ich kann nur bezeugen, sehr arges Mißverständniß ist, dessen, was in der hat ausgesprochen werden sollen, und daß meine Meinung auch dahin geht, daß keine grammatische logische Interpretation auch im entferntesten in die rechtefährig. Ich bin weit entfernt davon, die Frage die Lage der Landwirtschaft ausgesprochen wird, als richtig anerkennen zu wollen; ich bin weit entfernt etwas bestreiten zu wollen, daß auf einigen Gebieten betrübende Erscheinungen hervortreten. Aber das ist die allgemeine Lage des ganzen Landes. Dabei sind ganze Menge anderer Faktoren mit in Rechnung auch nicht bloß das, was schon der Herr Abg. v. gestern angedeutet, der da meinte, dem Bucherer Meine Herren, es geht außer dem Bucherer doch noch anders an. Ich möchte dem letzten Herrn sagen, darin beipflichten, daß es nicht weit weg ist, wenn theoretische Reden pro und contra wechselt werden, und ich will auch dazu beitragen. Aber die Reden contra fangen doch an und es würde eine merkwürdige Lücke entstehen, auch irgend eine pro gehalten würde. Ich will nur gesagt worden ist, nur noch eine praktische Notiz der Ausführungen des Herrn Abg. Richter hinzusetzen. Abgeordnete ist für die Fortdauern in eigenen schärferem Blick, wie es mir scheint — nicht begründet, denn ich kann nicht annehmen, daß er, was da nicht sehen will. Aber nach dem Auslande zu gehen: lebhaft und regelmäßige Notiz von allen gängen. Eine besondere Seite der Wirtschaftlichen Verhältnisse, ist hier, wenn mich meine Erinnerung zum ersten Male überhaupt in diesem Hause betrifft, ist meine die Währungsfrage. Kein anderer ist heute gezwungen, seine Verbindlichkeiten, von tragen abgeben, in Gold zu erfüllen. Wir können zu Verbindlichkeiten noch innen und nach außen mit beiständen begleiten. Frankreich und die anderen lateinischen Union können mit den 5 Frankländer Zahlungsverbindlichkeiten heute wie früher beglichen ist von Holland zu sagen, wo der Silberwährungs Bedeutung hat. Woran liegt es denn nun, daß es einfällt, mit Thalersknoten seine internationalen Verbindlichkeiten zu erfüllen, das es Niemand einfällt, mit 5-Frankländer zu zahlen, wo von Frankreich Gold verlangt wird? Der Verkehr nur Gold haben will, daß kein Reichthum seinen Reichte, mit Silber zu bezahlen, welches ist, woran kein Vertrag, kein Gesetz ihn hindert, machen, aus Furcht vor den sehr unangenehmen allgemeinen Kredit, in der allgemeinen Weltmarkt Obligos auf dem Weltmarkt. Wir haben, wie dennoch beschickt, um unseren guten Willen, an schen Aufgabe mitzuarbeiten, zu betätigen. Ich bin ich überzeugt — auch fernerhin im eigenen

und im 3 mecklan Gegenüber Anfrage, ist und metallum In diesen nichts als nationale währung sprachen man sagt, gemeine währung; und vor auf die Doppelsprache Gang ich bei der hingewiesen weder für gültigen gebore darf das großer Gelb Auf diese sich bis jetzt Finanzmin ganz gelun meine Auff von den rungen in Tasche zu weisung der soldungen, 135 Millio hältnissen, leit rechts), von 135 M seine Verm treibt, der r einem e ist nicht z gegenüber der ganzen Bed merkung ei bemerke ich Mehrfordere Bedarf in s muß mänge lige Hindern kann ich all zurückweisen der Gericht dings nicht ihre Rech Prozesse aus daltäten be ich bemerke, nicht vorlag große Finan dem vor ein die Selbstw schaften soll weisung der dies sind ei erneuert ein, oder aus e überzuehe vom Finanz Abg. d reakt sich die Partei voll Reichstage, sei nicht ger unglückliche im Eisenbah Mittelstellung Aussfall von gegenüber l sich nach der Höhe von 9 jedenfalls B besserung d er sich; se regierung je Einfluß auf habe man e mals habe e Ueberprodukt feststellen kö find. Am wi nopol ausge „wenn es etwas able des Herr hälfen, s kommen, s Rommunalf Gunsten ei könnten nig sozialen Frei das Brandt zu schwach i Wirkung zu höchstem Na Ministri über den G eingehen u muthungen Reichstags und sich na die Post si treffende A seine Art, seinen Roll Art, so zu scheidenzu Abg. Q die nationa Schleswig-Randwaten dings der jede natione und zum H auf einzelne daß die S zinjung der sehr bedeute auch gar ni walter werd aus für se der Landw greife abe

und im Interesse der Gesamtheit dieser Sache mit aller Aufmerksamkeit und mit allem redlichen Bemühen zur Förderung gegenüberstehen. Aber zwischen diesem Standpunkt und dem Antrage, der in Tausenden von Petitionen jetzt gestellt worden ist und der so einfach lautet: den internationalen Bimetallismus so schnell wie möglich einzuführen — zwischen diesen beiden Dingen ist eben ein himmelweiter Unterschied. In diesen Petitionen — sie bestehen zum großen Teil aus nichts als aus diesen drei Zeilen, sie beantragen, den internationalen Bimetallismus oder die internationale Doppelwährung so schnell wie möglich einzuführen — wird davon gesprochen wie von einem bekannten, feststehenden Dinge; wie man sagt, die allgemeine Schulpflicht einzuführen, oder die allgemeine Dienstpflicht, so soll man die internationale Doppelwährung einführen. Ich habe aber noch keinen Menschen gesprochen, der mir eine genügende, nur einigermaßen genügende und vor der Kritik nur einen Moment bestehende Antwort auf die Frage hätte geben können: was ist die internationale Doppelwährung? (Sehr richtig! links.) Ganz entsprechend dem Gedankengang der Thronrede, habe ich bei der Einbringung des Etats auf das Branntweinmonopol hingewiesen, aber sofort hinzugefügt, daß hier im Landtage weder für die Begründung noch für die Verteidigung der bestehenden Vorlage der Ort sei, nur die eine Seite des Projekts gehöre in die Staatsberatung des preussischen Landtags: Bedenke das Land heute noch, nach der Lage des Etats, so großer Geldmittel, wie dieses Projekt sie zu gewähren vermöge! Auf diese Frage hat meiner Empfindung nach die Beratung sich bis jetzt nur in der Form von Vorwürfen gegen den Finanzminister erstreckt, und auch Herr v. Heddy ist es nicht ganz gelungen, mich in dieser Richtung in Schutz zu nehmen; meine Auffassung ist eine viel prinzipiellere. Herr Richter sprach von den gewissermaßen finanziellen, die keine Erleichterungen in Aussicht stellen, ohne das Geld dazu bereits in der Tasche zu haben. Uebernahme der halben Schullast, Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer, Aufbesserung der Besoldungen, Reform der Klassen und Einkommensteuer erfordern 135 Millionen; nun denken Sie sich unter den heutigen Verhältnissen, wo die Goldwägerei nicht mehr bekannt ist (weiter rechts), einen Finanzminister, der erst heimlich ein Plus von 135 Millionen zusammenhäufte und dann dem Landtage seine Verwendungsprojekte vorlegte! Wer solche Finanzpolitik treibt, der muß bedenken, daß er die wirtschaftlich Schwächeren, der einem Staatler Platz machen muß; mit solchen Mitteln ist nicht zu kämpfen. Die Regierung wäre der Landesvertretung gegenüber direkt illegal verfahren, hätte sie nicht ihre vollen, ganzen Gedanken vorgebracht, und deshalb trifft auch die Bemerkung eines uns sonst wohlgenannten hiesigen Mannes: „Weniger wäre hier mehr gewesen“, nicht zu. Im Einzelnen bemerke ich den Abg. v. Schorlemer und Windthorst, daß die Mehrforderung für die Kreis-Schulinspektoren dem geistigen Bedarf in sprachlich gemischten Bezirken entspringt. Den Vorwurf mangelnder Friedensliebe der Regierung, worin das einzige Hinderniß für den Abschluß des Kulturkampfes liegen soll, kann ich als orientiertes Mitglied der Regierung als unrichtig zurückweisen. Mit Herrn v. Minningerode stimme ich bezüglich der Gerichtsloshaltung überein, ihr Rückgang ist allerdings nicht bloß ein günstiges Zeichen; die im Ganzen jetzt heutige Rechtspflege hat auf die Verringerung der Zahl der Prozesse auch ihren Einfluß geübt. Herr Richter hat die Modalitäten bei der diesmaligen Einbringung des Etats kritisiert; ich bemerke, daß diesmal eine Bewegung hinsichtlich der Zeit nicht vorlag und daß bei der früheren schriftlichen Einbringung große Finanzgesetzentwürfe nicht vorlagen, daß wir außerdem vor ein neues Haus traten. Auch ich halte dafür, daß die Selbstverwaltung thunlichst mit eigenen Mitteln wirtschaften soll, gerade damit aber stimmt der Gedanke der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer überein, denn eben dies sind eigene Mittel der Selbstverwaltung. Ich lade Sie erneut ein, nicht vornehm oder geringschätzig oder schüchtern oder aus einem anderen Grunde schweigend an der Frage vorüberzugehen: Bedarf Preußen nach der Etatslage der Finanzen vom Finanzminister bezeichneten Mittel? Abg. Bachmann: Bezüglich der Ausweisungfrage dreht sich die Ansicht der Landtagsfraktion der deutsch-rechtlichen Partei völlig mit derjenigen ihrer Gesinnungsgenossen im Reichstage, es handelt sich um eine deutsche Frage, die im Reichstage zu verhandeln ist. Ein Defizit von 14 Millionen ist nicht gerade unbedeutend, aber auch nicht hoch genug, um ungünstige Schlüsse auf die allgemeine Lage zu gestalten. Der im Eisenbahnetat für das laufende Jahr 1885/86 nach den Mittelstellungen des Finanzministers in Aussicht genommene Ausfall von 6 Millionen sei nicht weiter begründet worden; gegenüber dem Einnahmeveranschlag von 694 Millionen lasse sich nach den tatsächlichen Ergebnissen nur auf Einnahmen in Höhe von 667 Millionen rechnen. Der Eisenbahnminister habe jedenfalls Anlaß, diese Differenz auszufüllen. Ueber die Aufbesserung der Besoldungen mehrerer Beamtenkategorien freue er sich; sie sei notwendig geworden. Wenn von der Staatsregierung jetzt anerkannt werde, daß die Gesetzgebung keinen Einfluß auf die Blüte der Industrie ausüben könne, warum habe man dies dennoch in den letzten Jahren versucht? Demals habe es sich ebenso wie jetzt um eine Krise in Folge der Ueberproduktion gehandelt. Wichtig wäre es, wenn man heute feststellen könnte, welche Parteien für das Branntweinmonopol sind. Am wärmsten habe sich Herr v. Minningerode für das Monopol ausgesprochen; Herr v. Heddy habe dasselbe nur akzeptiert, „wenn es nicht anders geht“. Herr Hofrecht hat sich schon etwas ablehnend verhalten; noch schärfer war die Ablehnung des Herrn v. Schorlemer-Aßf. Nur Klarheit in den Verhältnissen, zu einer ruhigen Entwicklung könne man nicht kommen, so lange die Verquickung von Reichs-, Landes- und Kommunalangelegenheiten dauert, so lange man die Gesetzgebung zu Gunsten einzelner Klassen ausnütze. Die sozialen Wirren könnten nicht beseitigt werden, wenn man der Herstellung des sozialen Friedens solche Hindernisse in den Weg stelle, wie das Branntweinmonopol. Seine, des Redners, Freunde seien zu schwach in diesem Hause vertreten, um eine entscheidende Wirkung zu üben; sie würden aber ihren Gedanken mit möglichstem Nachdruck vertreten. (Beifall links.) Minister Maybach will auf die Einzelheiten, welche über den Eisenbahnetat vorgebracht seien, in der Kommission eingehen und erklärt nur, daß ihm daran liege, den Vermutungen entgegenzutreten, welche sich an den Angriff eines Reichstagsabgeordneten auf die Postverwaltung geknüpft haben und sich namentlich auf die Leistungen der Eisenbahnen für die Post stützen. Am liebsten und persönlich stehe ihm der betreffende Reichstagsabgeordnete nicht nahe; es sei auch nicht seine Art, auf diesem Wege Meinungsverschiedenheiten mit seinen Kollegen zu verfolgen (Beifall); er halte überhaupt die Art, so zu verfahren, für eine Zumuthung, die er mit Entschiedenheit zurückweisen müsse. (Lebhafter Beifall.) Abg. Cencorius leugnet Richter gegenüber, daß durch die nationalliberale Partei die konservativ verfaßte; in Schleswig-Volstein habe es sich nur um freikonservativ Kandidaten gehandelt. Die Freikonservativen hätten allerdings den Liberalismus geschädigt, indem sie fast jede nationale Maßregel mit liberalen Scheingründen belächelten und zum Fall zu bringen versucht hätten. Redner ging dann auf einzelne Etats ein. Beim Eisenbahnetat hob er hervor, daß die Staatsbahnen 40 Millionen Mark mehr als die Veranschlagung der gesamten Staatsbahn eindringen. Das sei ein sehr bedeutender finanzieller Gewinn. Die Eisenbahnen sollten auch gar nicht fiskalisch und um der Finanzen willen verwaltet werden. Dem Finanzminister spreche er seinen Dank aus für seine Erklärung in der Wahl-Anfrage. Er stehe der Landwirtschaft von jeher freundlich gegenüber, bezweifle aber, daß die Doppelwährung ihr einen Vortheil

bringen werde. Er hoffe, daß auch in anderen Fragen, wie in dieser, das nationale Interesse zur Herrschaft kommen werde. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Darauf schließt die Diskussion. Abg. Hänel bedauert, daß er durch den Schluß der Diskussion, den die Nationalliberalen herbeigeführt haben, nicht im Stande sei, dem Vordranger zu antworten. Abg. Schreiber, Nordhausen (freikonservativ) erklärt, daß er gegen das Branntweinmonopol habe sprechen wollen, durch welches die Stadt Nordhausen vollständig ruinirt wurde. (Lärm!) Da er nicht zum Worte gekommen, so sei der Rest Schweigen (weiter links.) Ein sehr großer Theil des Etats wird darauf, dem von fast allen Fraktionen unterstützten Antrage des Abg. v. Vanda gemäß, in die Budgetkommission verwiesen. Schluß gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Rechnungsvorlagen und zweite Lesung des Etats.)

## Lokales.

**Goldene Hochzeit.** Am Sonntag, den 14. Februar, feiert das Roseler'sche Ehepaar, Invalidenstr. 132, das Fest der goldenen Hochzeit. Der Mann, Modellstecher, ist 26 Jahre in der Wöhrer'schen Fabrik beschäftigt gewesen. Er ist jetzt leider durch Krankheit arbeitsunfähig geworden. Er ist 75 und seine Ehefrau 80 Jahre alt. Das Jubelpaar lebt in ärmlichen Verhältnissen und haben edle Menschenfreunde hier Gelegenheit, durch freundliche Spenden den Ehrentag der alten Leute zu verschönern.

**Der Hamburger Wetterkundige** der „Post-Bl.“ schreibt über die von ihm schon vorher angefordigte Kälte: „Die Wetterlage hat sich gänzlich gegen die vorausgehende Woche geändert, indem die mitgetheilte Zunahme des Druckes in der Ostsee und Nordsee weitere Entwicklung erfährt. Das Depressionsgebiet rückt von England nach Frankreich, Mitteldeutschland und Italien; wobei mehrere Depressionszentren unregelmäßige Bewegungen in diesem Gebiet niederen Druckes ausführen. In Hamburg hatte die Veränderung der Druckvertheilung am 20. d. zunächst eine Wendung des Windes nach Ost und Nordost zur Folge. Nun fiel aber in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag der Windstille dichter Schnee, welcher heute Morgen eine prächtige Winterlandschaft bot. Nochmals erreichte die Temperatur am Mittag 2 Grad Wärme, um dann aber bei heiterem Himmel gegen Abend schnell zu sinken. Als die Vollkonde verschwand, zogen einige Zirruswolken aus Ostnordost über den Himmel. Jetzt zeigte sich so recht, wie schnell die Temperatur bei heiterem Himmel sinkt, wenn eine Decke frischgefallenen Schnees bedeutenden Wärmeverlust herbeiführt. Schon am Abend 8 Uhr hatte Hamburg 5 1/2 Grad Reaumur Frost. Das Steigen des Barometers, im Verein mit dem Vorhandensein der Schneedecke, läßt erwarten, daß nun eine Periode kräftigen Frostwetters beginnen hat.“

**Das große Loos der preussischen Klassen-Lotterie** ist gleich am ersten Tage gezogen worden, die Glücksnummer lautete diesmal 25 063. Den Loosehändlern ist damit ein Hauptlatter für den gerade in diesen Tagen besonders schwunghaften Verkauf der Loose entogen, und der Kurs fiel seit gestern, wo man noch für ein Viertel 60—70 Mark zahlen mußte, um nicht weniger als 10—20 Mark. Bemerkenswerth ist übrigens, daß auch in der letzten sächsischen Lotterie das große Loos schon am ersten Tage herauskam.

**Die Dienstmagd Marie Pachand** aus Blumberg, die Stellenvermittlungsschwindlerin zum Opfer gefallen sein sollte, hat sich wieder gefunden, und zwar auf einem Gute bei Segefeld. Sie hat an hiesige Bekannte geschrieben und ausdrücklich bestätigt, daß sie ohne ihren Willen dorthin verschleppt und ohne Dienstabuch gemietet worden sei. Auch gesteht ihr die Behandlung nicht und sie fragt an, auf welche Weise sie sich losmachen könne. Wie wir hören, ist der betreffende Brief der Polizei übergeben worden.

**Unter der Ueberricht: Neu! Neu! Noch nie dagewesen!** überschwemmt gegenwärtig eine hiesige Firma Berlin mit Prospekten, in denen sich dieselbe erbietet, Geldruckgemälde in Gold-Paradrahmen, das Paar (Vendants) zu dem Preis von 750 M. aus Abzahlung, bei einer Anzahlung von 50 Pf. und einer wöchentlichen Teilzahlung von 25 Pf. zu liefern. Jeder Abnehmer von einem Paar Bilder erhält einen „hochinteressanten Roman“ gratis. Diese Manipulation ist eine „geniale“ Umgehung der Steuer. Während früher der Roman verbreitet und die Bilder als Prämie gegeben wurden, werden jetzt die Bilder verbreitet und der Roman als Prämie gegeben. Jenes ist verboten, dieses nicht.

Die hiesige Kriminalpolizei stellt Nachforschungen nach zwei unbekanntem Frauen an, welche mit Weinwand hausten und ein in der Königin-Augusta-Straße wohnhaftes Dienstmädchen beim Verkauf eines Stückes Weinwand betrogen haben. Das verkaufte Stück enthielt 60 nur 50 Ellen und hatte nur den halben Werth des gezahlten Preises. Die eine der Frauen, welche das Mädchen durch Vorpiegelung falscher Thatsachen und durch Beibringung der gefälschten Einwilligung der hier wohnhaften Mutter desselben zum Kaufe veranlaßt, ist anscheinend Jüdin, von ziemlich großer kräftiger Statur, hat frisches Gesicht, dunkle Haare und war mit einem mit Wäsche besetzten schwarzen Mantel und schwarzer Kapotte bekleidet.

Der Schreiber Adolf Krüger, welcher zahllose Einbrüche im In- und Auslande verübt hat, im August v. J. aus der Provinz nach Ostpreußen entwich und im Oktober durch einen Kriminal-Schulmann hier wieder festgenommen wurde, als er den Laden eines Goldarbeiters betrat, hat von dem Gericht außer Verfolgung gesetzt werden müssen, nachdem der Gerichtsarzt ihn für geisteskrank erklärt hatte. Er ist in die sächsische Irren-Anstalt zu Daldorf, aus welcher er früher bereits einmal entflohen war, zurückgebracht worden.

Die Prämienloos-Schwindler haben einen neuen Kniff erfunden, vor dem das Publikum gewarnt werden muß, wenn auch gegen einen Theil der Niederräger bereits eine Untersuchung schwebt. Das Verfahren derselben ist folgendes: Die Händler erklärten, gegen Abschlagszahlungen verkaufen zu wollen, bestimmten die Käufer indessen, zuvor einen so gefälschten abgesetzten Kaufkontrakt zu unterschreiben, daß dem Händler dadurch das Recht gegeben wurde, das betreffende Wertpapier so lange im Depot zu behalten, bis die letzte Rate dafür abbezahlt sein würde, und daß er außerdem bis dahin volle Verfügung über dasselbe besäße. Zahlreiche Personen gingen auf das Geschäft ein. Als sie jedoch bei der letzten Rate die Uebergabe des mit schweren Opfern erstandenen Papiers verlangten, stellte sich heraus, daß dasselbe von den Händlern verpöndelt war und daß diese angeblich nicht in der Lage waren, es rechtzeitig einzulösen. Da der unterschriebene Kaufkontrakt den Händlern ausdrücklich volle Verfügung zusichert, ist es fraglich, ob eine Verurteilung der Looschwindler möglich sein wird.

**„Und es wäht der Mensch der Götter Stärke“**, konnte man gestern sagen. Alle Anstalten zur Beseitigung des Schnees erwiesen sich dem hartnäckig herabfallenden Schnee gegenüber als vergeblich. Nur der mit vier Pferden bespannte Schneeflug in der Friedrichstraße schaffte. Der Köppli des Schnees präsentierte sich ziemlich frei vom Schnee. Der Schulmann, welcher am Tage zuvor getrimmt übergegangen war und zahlreiche Hauseigentümer zur Anzeige notirt hatte, weil sie um 7 Uhr den Schnee von der Nacht noch nicht beseitigt hatten, war gestern unsichtbar geworden. Die Straßen waren ebn; wer nicht hinaus mußte, blieb daheim. Nur die Schuljugend triumphierte. Als der Unterricht beendet war, führte sie die großartigsten Schneebälle auf. In den Straßen herrschte eine Art Fasnachtsstimmung. Ganz Unbekannte sprachen sich an und Scherze flogen herüber und hinüber.

Ein Bäckermeister, welcher außer seinem Baden noch ein Kaufmannsgeschäft in der Drantzenstraße besitzt, welchem der Kommis L. vorstand, wurde seit längerer Zeit von einem seiner Gesellen bestohlen. Letzterer, der die Badwaare in das Zweiggeschäft abzutragen hatte, legte zu den täglichen Ablieferungen ohne Wissen des Meisters für 40 Pf. bis zu einer Mark Badwaare hinan, welche der Kommis L. verkaufte und den Erlös mit dem Gesellen theilte. Dies Kompagnie-Geschäft hatten Beide seit dem Monat Juni v. J. betrieben. L. wurde wegen fortgesetzter Hehleri verhaftet.

**Gegen die Veranlagung der Klassensteuer in Berlin** für das Etatsjahr 1882/83, bez. 1883/84 sind in Berlin 25 117 (7 pCt. der Eingeschätzten), bez. 25 185 (6,9 pCt.) Reklamationen erhoben worden, von denen 20 874 (5,8 pCt.), bez. 20 343 (5,6 pCt.) Berücksichtigung fanden, und war: 1. Stufe 5112 (3,7 pCt.), bez. 5114 (3,5 pCt.); 2. St. 5826 (5,1 pCt.), bez. 5829 (5,1 pCt.); 3. St. 2961 (8,4 pCt.), bez. 3606 (13,3 pCt.); 4. St. 1543 (7,5 pCt.), bez. 2193 (10,6 pCt.); 5. St. 1013 (9,0 pCt.), bez. 1625 (13,3 pCt.); 6. St. 1451 (8,9 pCt.), bez. 2612 (13,6 pCt.); 7. St. 556 (10,2 pCt.), bez. 699 (12,9 pCt.); 8. St. 910 (12,3 pCt.), bez. 1213 (16,2 pCt.); 9. St. 449 (8,3 pCt.), bez. 617 (11,3 pCt.); 10. St. 692 (10,7 pCt.), bez. 998 (14,1 pCt.); 11. St. 266 (9,5 pCt.), bez. 308 (11,1 pCt.); 12. St. 695 (15,1 pCt.), bez. 671 (21,9 pCt.). Abgemessen wurden 503 bez. 617 Reklamationen. Die Zahl der berücksichtigten Steuer-Ertrag-Anträge betrug 2387 (0,67 pCt.), bez. 1163 (0,61 pCt.), der abgemessenen 336, bez. 155. Außerdem sind 1882/83 und 1883/84 1392 bez. 1377 Reklamationen, weil zu spät eingebracht, zurückgegeben worden. In Reklaturen wurden berücksichtigt 128 (0,04 pCt.), bez. 226 (0,06 pCt.), abgemessen 508, bez. 627. — Von den gegen die Veranlagung der Staatseinkommensteuer pro 1882/83, bez. 1883/84 in Berlin eingelaufenen Reklamationen und Reklamationen waren 2975 (11,1 pCt.), bez. 3104 (10,4 pCt.) von Erfolg, und zwar: 1. St. 494 (10,0 pCt. der Eingeschätzten), bez. 461 (401 (3,3 pCt.)); 2. St. 330 (9,5 pCt.), bez. 416 (10,4 pCt.); 3. St. 286 (9,9 pCt.), bez. 375 (12,0 pCt.); 4. St. 237 (9,9 pCt.), bez. 298 (11,4 pCt.); 5. St. 220 (10,6 pCt.), bez. 255 (10,8 pCt.); 6. St. 318 (12,7 pCt.), bez. 274 (9,8 pCt.); 7. St. 175 (12,4 pCt.), bez. 148 (9,4 pCt.); 8. St. 152 (10,9 pCt.), bez. 153 (9,8 pCt.); 9. St. 102 (11,3 pCt.), bez. 92 (9,2 pCt.); 10. St. 139 (13,8 pCt.), bez. 121 (10,9 pCt.); 11. St. 54 (6,9 pCt.), bez. 75 (9,1 pCt.); 12. St. 116 (14,6 pCt.), bez. 81 (8,7 pCt.); 13. St. 56 (14,0 pCt.), bez. 13,3 (13,3 pCt.); 14. St. 61 (13,1 pCt.), bez. 50 (9,8 pCt.); 15. St. 57 (14,0 pCt.), bez. 56 (13,4 pCt.); 16. St. 37 (12,5 pCt.), bez. 38 (12,4 pCt.); 17. St. 28 (13,1 pCt.), bez. 30 (12,2 pCt.); 18. St. 19 (10,3 pCt.), bez. 20 (9,8 pCt.); 19. St. 14 (9,8 pCt.), bez. 9 (6,2 pCt.); 20. St. 22 (14,1 pCt.), bez. 24 (13,5 pCt.); 21. St. 13 (18,8 pCt.), bez. 10 (9,9 pCt.); 22. St. 12 (14,8 pCt.), bez. 8 (9,9 pCt.); 23. St. 7 (8,5 pCt.), bez. 9 (11,3 pCt.); 24. St. 3 (4,6 pCt.), bez. 11 (20,0 pCt.); 25. St. 5 (12,5 pCt.), bez. 5 (9,6 pCt.); 26. St. —, bez. 5 (11,8 pCt.); 27. St. 7 (23,9 pCt.), bez. 2 (9,0 pCt.); 28. St. 2 (15,4 pCt.), bez. 2 (7,4 pCt.); 29. St. 1 (4,7 pCt.), bez. 2 (10,5 pCt.); 30. St. 1 (4,4 pCt.), bez. 2 (8,7 pCt.); 31. St. 1 (14,3 pCt.), bez. 3 (18,8 pCt.); 32. St. 2 (22,2 pCt.), bez. 3 (37,5 pCt.); 33. St. 1 (12,5 pCt.), bez. 1 (10,0 pCt.); 34. St. 1 (50,0 pCt.), bez. —, 35. St. —, bez. 1 (100,0 pCt.); 36. St. 1 (20,0 pCt.), bez. —, 37. St. —, bez. —, 40. St. —, bez. —, 41. St. 1 (100 pCt.), bez. —, 46. St. —, bez. 1 (100 pCt.); 60. St. —, bez. —.

## Gerichts-Zeitung.

**Wegen Ueberlassens von Arzneimitteln** hatte sich der bekannte Naturarzt (?) William Becker vor der 94. Abteilung des hiesigen Schöffengerichts, Vorsitzender Amtsrichter Dr. Friskien zu verantworten. Der Angeklagte pflegt den sich an ihn mwendenden Kranken ein detaillirte Verhaltensmaßregeln enthaltendes gedrucktes Birkular und gleichzeitig ein Medikament zu übergeben, welches er aus der Flora-Apotheke zu Charlottenburg (Inhaber Herr Richnow) bezieht. Bezüglich des zwischen dem Angeklagten und p. Richnow bestehenden Geschäftsverhältnisses ist folgendes ermittelt und vom Gericht festgestellt. Der Angeklagte händigt dem Richnow die p. Recepte direkt ein, dieser fertigt die Medicamente an und giebt sie dem Geschäftsführer des Angeklagten Herrn Friedrich, welcher sie demnachst an die ihm bezeichneten Adressen versendet. Die Packeten tragen als Abienetin die Adresse der Flora-Apotheke. In der gegenwärtigen Anklagesache handelt es sich um ein gemischtes Arzneypulver für 1 M. 30 Pf., welches der Angeklagte auf die beschriebene Art an den Tageslöhner Vollmer in Stockheim gesandt hat. Trotz des Einwandes des schon wegen der gleichen Ueberletzung verurtheilten Angeklagten erachtete der Gerichtshof für erwiesen, daß er das Arzneypulver dem Vollmer überlassen hat, was § 367 Nr. 3 St.-G.-B. mit Geldstrafe bis 150 M., oder mit Haft bis zu 6 Wochen bedroht. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit dieses Treibens verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu einer Haftstrafe von einer Woche.

## Vereine und Versammlungen.

**Im Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer** legte in der gut besuchten Mitgliederversammlung am 19. d. M. Regierungsbaumeister Kestler seinm Bklus von Vorträgen über die Geschichte der Baukunst fort. Dem ebenso vortheilreich, als leicht faßlichen Vortrage wurde reichlich Beifall zu Theil. Die auf gefaltete der Vorliegende Brochman einen Artikel der neusten Nummer der „Zünftlerischen Bauwerks-Zeitung“ über angebliche, vor dreißig Jahren in Hamburg üblich gewesene Zünftlerpflogenheit in Betreff der Vereinigung der Lohnsäge- und Arbeitsbedingungen zwischen der Meisterschaft und einem Theile der Gesellenshaft u. dgl. m. Ein angeblicher Zimmermeister H. ist es, der in dem genannten Blatte über bezagte Einrichtungen seiner Zeit und Dettlichkeit die merkwürdigsten Dinge zu berichten weiß und damals in Hamburg als „Frei-Meister“ gearbeitet haben will. Dabei paßt es ihm aber trotzdem, daß er über die fraglichen Verhältnisse die ungewöhnlichsten, der Wirklichkeit nicht im Geringsten entsprechenden, nur von seiner Unkenntnis zeugenden Behauptungen aufstellt. Das Interessanteste an der ganzen Geschichte ist doch, daß der biedere Künstler der „Bauwerks-Zeitung“, am Schlusse des famosen Artikels eine von ihm erdichtete oder aber dasatulle gegen den vorausgesetzlichen Streik der Zimmerleute im nächsten Sommer zum Besten giebt. Der zünftlerische Stratege und angebliche Zimmermeister spricht bei dieser Gelegenheit die bestimmte Ueberzeugung aus, daß die organisierten streikenden Berliner Zimmerleute unfehlbar den Sieg erringen werden, „wenn nicht zu gleicher Zeit die Maurermeister Berlin die Gesellen von der Arbeit ausschließen und gleich darauf die Maurer- und Zimmermeister aller großen Städte in Norddeutschland dasselbe thun.“ „Sollten aber“ — meint seiner der Zünftlermeister — „die Zimmerleute Berlin dieses Mal streiken, so ist die Niederlage sämtlicher Arbeitgeber des Bauwerks gegeben.“ Die Versammlung nahm den genialen Kriegspian der „Bauwerks-Zeitung“ und ihres Strategen mit dem bewundernden Beifall auf und gab durch den Mund einiger hiesiger Redner der Versicherung Ausdruck, daß die Bauhandwerker aller Branchen es verstehen werden, die ihnen gegebenen schätzenswerthen Winke nicht unbenutzt zu lassen. Herr Behrens übermittelte der Versammlung die Grüße der Werksgenossen in Paris, wo die Herren Meister gleichfalls bestens bemüht sein sollen, den alten Zunftstopf wieder hochzubringen. **Bezirksverein des werththätigen Volkes der Schönhäuser Vorstadt.** In der letzten Versammlung des Vereins widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Hofbaurath Demmler

einem kurzen Nachruf, worauf sich die Versammlung zu Ehren des Verstorbenen von den Blättern erhob. Nach dem hierauf erstatteten Jahresbericht zählte der Verein z. B. 168 Mitglieder. Versammlungen wurden im Jahre 1885 25 abgehalten, wovon eine polizeilich aufgelöst und eine vorher verboten wurde. Von den in diesen Versammlungen gehaltenen Vorträgen waren 9 politischen, 6 wissenschaftlichen, 3 kommunalen, 2 geschichtlichen und je 1 juristischen und literarischen Inhalts. Hierauf sprach Herr Michelsen in ausführlicher Weise über das Thema: „Die feindlichen Tendenzen der Gesellschaft.“ Zum dritten Punkt der Tages-Ordnung machte der Vorsitzende auf die Schwierigkeit der Auffindung eines passenden Vereinslokals aufmerksam, da in den meisten Fällen die Wirthe zuzugewandt, aber kurz vor dem Tage, an welchem die Versammlung stattfinden soll, die Zulage zurückziehen. Dadurch erwachsen dem Vereine große Kosten und ist Redner der Meinung, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes sein müsse, in solchen Lokalen nicht mehr zu verkehren. Im weiteren Verlauf der Versammlung wird auf den Mangel der Kanalisation sowie auf die ungenügende Beleuchtung mehrerer Straßen (Friedrichstr.) im Schönhauser-Thorbezirk hingewiesen und der Vorstand ersucht, diese Angelegenheit im Auge zu behalten, um bei nächster Gelegenheit beim Magistrat um Verringerung dieser Zustände zu petitioniren. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 26. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in demselben Lokale statt. Näheres im Inseratenteil dieses Blattes.

**Zur Organisation der Bergolder.** Am Dienstag, den 19. Januar, waren die Mitglieder der beiden gewerkschaftlichen Vereine „Unterstützungsverein der Bergolder“ und „Freie Vereinigung der Bergolder und Fachgenossen“ in den Grätwieschen Bierhallen (oberer Saal) unter Vorsitz des Herrn Böhl versammelt, um definitive Beschlüsse zu fassen über die Verschmelzung der benannten beiden Vereine zu einem Fachverein. Da in der letzten Mitgliederversammlung der „Freien Vereinigung“ mehrere Beschlüsse gefaßt wurden, entzogen denjenigen in der vorhergehenden Delegirten-Versammlung beider Vereine gefaßt, so entspann sich eine sehr erregte Debatte, in welcher schließlich Herr Böhl den Vorschlag machte: die Streitpunkte der Freien Vereinigung zu akzeptiren, um unbedingt eine Vereinigung zu erzielen, was Herr Reuß (Mitglied der Freien Vereinigung) ebenfalls der Versammlung warm ans Herz legte, worauf die Versammlung mit allen gegen eine Stimme die Verschmelzung der beiden Vereine beschloß. Der wöchentliche Beitrag ist vorläufig auf 15 Pf. festgesetzt worden. Alsdann wurde beschlossen, am 21. Februar eine Versammlung einzuberufen, in welcher der neue Vorstand gewählt werden soll. Herr Böhl machte noch bekannt, daß am 8. Februar ein Kränzchen in Kellers Salon, Andreasstr. 21, stattfinden, und forderte auf, dasselbe recht zahlreich zu besuchen.

**Kronstadt, 21. Januar.** Gestern Abend sprach in einer großen Versammlung Dr. Bruno Schoenlant aus München über den deutschen Reichstag und die Sozialreform. Seine Kritik der herrschenden politischen Reaktion, seine entschiedene Verwerfung des kapitalistisch-agrarischen Interesses dienenden Branntweinmonopols fand allgemeinen Beifall. Ein nationalliberaler Fabrikant, der mit aller Gewalt zeigen wollte, daß er in politischen und sozialwirtschaftlichen Dingen einen durch Sachkenntnis nicht getrüben Blick besitze, holte sich die gebührende - Blamage. Der überwachende Bürgermeister unterbrach den Referenten mehrere Male in einer Weise, die an jene Rathhölzer-Versammlung aus dem Hundsrück erinnert, wo von „Thema“ nicht gesprochen werden durfte.

**Kranken-Unterstützungs-Kasse der G. Methlow'schen Fabrikarbeiter (C. S. 43).** Sonntag, den 24. d. M., Vormittags 11 1/2 Uhr, General-Versammlung in Wohlhaupt's Lokal, Rantewulfstraße 9. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht und Ertheilung der Decharge. Festsetzung der Inscriptionen. Wenderung der §§ 4, 7, 21. Wahl des Vorstandes und Ausschusses.

**Verein der Laubendfreunde „Süd-Ost“** im Restaurant Alemann, Laustyerstraße 41. Versammlung jeden Sonnabend Abend 8 Uhr.

**D. Feindliche Versammlung der Metallschleifer** Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, in Meiß's Salon, Kommandantenstr. 71/72. Tagesordnung: 1. Bericht der Statutenberathungs-Kommission. 2. Wahl des Vorstandes des Fachvereins. 3. Bericht über die Wolter'sche Streik-Angelegenheit. Freiwillige Beiträge werden im Restaurant Sodike, Ritterstr. 123, entgegengenommen.

**Deffentliche Tischler-Versammlung** am Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, in Böyow's Brauerei, Brenzlauer Allee (Eingang Saarbrückerstraße Ecke). Tagesordnung: Die Lohnabzüge in verschiedenen Werkstätten und das geplante Vorgehen der Arbeitgeber gegen den Minimal-Lohn, und welche Schritte haben wir zu thun, um dem Einhalt zu gebieten. Nicht eines jeden Kollegen ist es, in der Versammlung zu erscheinen.

**Fachverein der Tischler.** Montag, den 25. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Restaurant Killion, Elisabethstr. 6 (nicht Eliastr. 6, wie gestern irrtümlich angegeben war). Am 13. Februar findet in demselben Lokale ein Kränzchen statt. Billets sind in der Versammlung zu haben. Die Mitglieder werden ersucht, die am Sonntag Vormittag in Böyow's Brauerei, Brenzlauer Allee, stattfindende öffentliche Tischler-Versammlung zahlreich zu besuchen. — Die Abstellstellen des Vereins befinden sich: Blumenstraße 56 (Tischlerherberge); Belle-Allianceplatz 6, bei Hülcher; Schlichterstr. 18, bei Stramm, und Fiontschlagplatz 11, bei Hohn. Dasselbst werden jeden Sonnabend von 8 1/2 bis 10 Uhr Abends Beiträge in Empfang genommen und neue Mitglieder aufgenommen.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Drechsler** (C. S. 48, Bezirk C.) Montag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr, in den Arnimhallen, Kommandantenstr. 20. Vierteljährliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassendbericht. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

**Kleine Mittheilungen.**

**Stuttgart, 20. Januar.** Gestern, kurz nach 1/5 Uhr Nachmittags — so meldet das „Neue Tagbl.“ — vernahm wir in der Gegend der Legionskaserne einen schweren, dumpfen Knall. Jung und Alt drängte in eiligem Lauf nach der Marienstraße, welche ein Bild schrecklicher Verwüstung bot; die Folgen einer gewaltigen Explosion im Keller des Kolonialwaarenhändlers Hugo Ringer. Vor dessen Hause, Nr. 18 der Marienstraße, wälzten sich zwei Droschkenperde auf dem Pflaster, Blut drang aus ihren Röhren; sie waren zu Boden geschleudert und der Kutscher vom Boock herabgerissen worden. Männer, Frauen und Kinder erhoben sich ätztend vom Boden und segten taumelnd ihren Weg fort; auch sie hatte eine gewaltige Kraft zu Boden geworfen oder an die Häuserreihe gedrängt. Erst beim Näherkommen gewahrten wir die Verheerung in ihrer ganzen Schrecklichkeit. Auf der Fahrstraße wie dem Bürgersteig zerstreut lagen Mobiliar, Ladenaartikel und Breiterstücke in buntem Chaos durcheinander. Dichter Qualm hüllte das Haus ganz ein. Augenblick waren Feuerwehrlente am Platze, welche rasch und entschlossen das Feuer auf seinen Heerd beschränkten. Die Verheerung war das Werk einer unheilvollen Sekunde gewesen. Ein Knecht Ringers hatte ein 1/4 Eimer haltendes Rognal-Fäßchen in den Kellerraum schaffen sollen. In diesem stand am unteren Ende der Treppenstufen ein brennendes Licht, während oben auf einem Aufzuge des Kellerhofes eine 30 Liter Benzol enthaltende Korbflasche aufgestellt war. Der Knecht ließ nun das Rognal-Fäßchen die Stufen hinunterrollen, die Benzolflasche wurde im Rollen mitgerissen und der Inhalt ergoß sich auf die Stufen hinab, und war mit solcher Schmelzigkeit, daß, ehe noch der in voller Kaltblütigkeit und Geistesgegenwart die Stufen hinabsteigende Mann das Licht zu löschen vermochte, bereits die Detonation erfolgte. Da das Gewölbe den Oaken erheblichen Widerstand zu leisten vermochte, so erfolgte der Druck auf den durch ein etwa 1,20 m hohes Souterrain unterhöhlten

Raum, in welchem sich die Freierstufe des Herrn befand. Die ganze Stube wurde nun buchstäblich in die Höhe gehoben und sammt Boden und Zimmerinventar in die Straße hinausgeworfen. Gleichzeitig wurde ein großer Haufen, welches das Kellerloch verstopfte, weit in den Hof hinausgeschleudert und die Fensterstüben bis in den Stod hinauf eingedrückt, ja sogar in den gegenüber liegenden Gärten. Sobald die Freierstufe in welcher sich zur Katastrophe glücklicher Weise Niemand befand, wieder war, schlugen die Flammen aus dem Keller heraus und führten das Leben der im hinteren Zimmer sich aufhaltenden Bewohner. Die Veinert'schen Eheleute erlitten schwere Wunden, die beiden Gehilfen aber kamen mit dem Leben davon. Inzwischen stürzte der arme Knecht sichtsüchtig aus dem Keller heraus und rettete sich in den Hof, wo ihn Schlossermeister Kemper durch fortgesetztes Schütten mit Wasser zu retten vermochte. Ein schauerliches Bild sich beim Eintritt in den Hauszugang, wo zwei Arbeiter kurz zuvor noch im Spiele sich vergnügten, nun zu schrecklichsten Schmerzen sich am Boden krümmten. Die Kleinen waren durch die Explosion grauam im Gesicht worden; der gewaltige Luftdruck hatte sie mit Kraft gegen die Wand geschleudert, daß sie neben brüchigen auch fürchterliche mechanische Verletzungen erlitten. Neben den Kleinen lag eine Dienstmagd, welche bei den Klößen übertrahmt und zu Boden geschleudert worden. Der Fall erregt in der Stadt in allen Kreisen lebhaftes Leid; die Theilnahme mit den vom Unglück Betroffenen ist allgemeine. Herr Veinert hat den Verlust seines kleinen Knaben zu beklagen, welcher schon gestern Abend 6 Uhr der erlittenen schweren Verletzungen starb. Gleichwohl auch Weinwirth Gutcher sein 10jähriges Söhnchen, spielen des erleren. Die Magd hofft man noch am Leben zu erhalten, der Knecht jedoch wird kaum die nächsten Tage leben können. Beide befinden sich im Spital. Daß der Veinert'schen Eheleute ist den Umständen entsprecht Lebensgefahr ist für beide ausgeschlossen.

**Florenz, 17. Januar.** Nord im Eisenbahnhause ist der Mörder nicht entdeckt, welcher in der vorigen Woche auf der Rückreise von Paris begriffenen Präfecten Departements in einem Eisenbahn-Koupee ermordete, und auf die Schienen warf, und bereits wird ein richtiger Fall gemeldet, der sich in der Nacht vom 14. auf einen von Florenz nach Bologna fahrenden Züge ereignete, mit dem Unterschiede jedoch, daß diesmal nicht entkam. Auf dem genannten Bahnzuge zwischen Station Bergato im Apennin ein leeres Koupee bemerkt, dessen Thür offen stand und dessen Boden Blutlachen und Spuren von Kampf aufwies. Nebenstation Riula, wo der betreffende Zug nur anhält, um einen neuen Fahrplan zu bestimmen, war kurz zuvor ein Telegramm eingetroffen, worin dort auf dem Bahnhofs entgegengekommen, und je weiter der Zug sich fortbewegte, desto mehr wurden die Verhältnisse festgestellt. Er war angehalten worden, zeigte die Fahrt nach Bologna vor und wollte den Zug verlassen, was ihm aber wegen seines verdächtigen Aussehens nicht gestattet wurde. Als nun bald darauf Bergato die telegraphische Nachricht von dem oben Befunde eintraf, schickte man um die Gendarmerie. Der erste Verdächtige vorläufig übergeben wurde. Am nächsten fand ein Bahnwächter im Tunnelkanale eine männliche Leiche mit drei Schußwunden. Aus verschiedenen Umständen, daß es die Leiche eines Kaufmannes Namens Babova aus Anguillara in Venetianischen sei. Bergato Verhafteten fanden sich zwei Vorlemonnats Uhren, wovon die eine den Namen Pietro Babova trug, Revolver, aus welchem drei Patronen abgeschossen worden. Verhaftete wurde nach Bologna gebracht. Ein Armondo Dolci aus Franz, war in Bistaja mit Babova ermordet und hatte denselben während der Fahrt ermordet.

20.  
Der 5.  
Wir sind sehr  
arbeiten zum  
Praxis ab  
Unternehmern  
Zeit und de  
ein solches  
euch ihnen de  
bestimmen  
wir bisher  
eine schlimme  
die Internet  
Arbeitgeber selbst  
in den P  
er fallen di  
einmal eine  
ante das ni  
hilfliche Wirku  
föhrbar sein  
Der erste Ein  
ung von Bedir  
Unternehmerge  
nicht zu leugn  
angewendet w  
kann dies m  
Die Regierung  
ausgestattet  
er vor den Be  
Arbeitgeber müßten  
nehmer zu d  
wollen, so  
müßte die  
den durch ih  
für die Arbeit  
bieten und  
auf.  
Mit welcher  
reien Konkur  
nehmern bei  
n werde, das  
die Arbeiten  
Planung und  
Bürgerchaft  
arbeiten dem l  
be der zu  
er Bürgerfcha  
blung aus  
[verboten.]  
Sie kennen  
dennoch je  
eine gewiss  
erregter fo  
allabendlich  
affen, auch  
in Weh, ich  
nicht ausfese  
ücklich, daß  
Also Deine  
jahre, in We  
Wenn es sel  
Zusammenn  
sie engagirt  
So muß geste  
diese Kender  
ne problemati  
für dieselbe  
Ohne Zweifel  
och ab?“  
Ganz entschied  
25. Januar, Ab  
fortgesetzt wird, alle zu erscheinen  
thekar muß Herr Wieden gemüß  
Mehrere  
er versuchte  
ner gewandte  
Es ist gut, id  
n, vorläufig  
Er griff nach  
juristische Blid.

**Theater.**

- Sonnabend, den 23. Januar.
- Oberhaus. Der Wildschütz, oder: die Stimme der Natur.
- Schauspielhaus. Karzif, Trauerspiel in 5 Akten von A. E. Brachvogel.
- Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.
- Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
- Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Rafaela, Operette in 3 Akten von Max Wolf.
- Walhalla-Operetten-Theater. Die Glocken von Corneille.
- Belle-Alliance-Theater. Doctor Klaus, Lustspiel in 5 Akten von V. Aron.
- Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
- Boulevardstädtisches Theater. Die Carabiniers des Königs. (Novität.)
- Viktoria-Theater. Geschlossen.
- Ostend-Theater. Das Loos der Armen, Lebensbild in 5 Akten von J. v. Stenglin.
- American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Alhambra-Theater.**

Wallnertheaterstraße 15.

**Die beiden Harfenmädchen.**

Charaktergemälde mit Gesang in 4 Akten von Emil Gallert. Musik von Ludw. Buxler.

**Gr. Konzert der Hauskapelle.**

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Bonds haben Wochentags Gültigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

**Kaiser-Panorama.**  
Eine interessante Wanderung durch Belgien. Eine bequeme Reise am schönen Rhein. Gerba-Reise. Karolinen-Inseln. Jap. Eine Reise 20 Bt. Kinder nur 10 Pf. Abonnement- und Vereinsbillets.  
1 Piano (hochschwarz) 25 Thlr. Oranienstr. 4 II. I.

**Große öffentl. Versammlung**

**der Metallschleifer Berlins**

am Sonntag, den 24. d. M., Vorm. 10 Uhr, in Meiß's Salon, Kommandantenstr. 71-72. Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Statutenberathungs-Kommission. 2. Wahl des Vorstandes zum Fachverein. 3. Bericht über den Streik in der Werkstelle von D. Wolter, Dresdenerstraße 38.  
NB.: Es ist die heiligste Pflicht eines jeden Metallschleifers, in dieser Versammlung zu erscheinen. Eingekammelte Gelder für die streikenden Kollegen werden bei S o d i k e, Ritterstraße 123, entgegengenommen. [514]

**Central-Kranken- und Sterbekasse**

der **Fabrik-, Hand- und anderer gewerblicher Arbeiter b. G.** (C. S. Dresden) Filiale Berlin S. und O. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 24. Januar, eine

**Versammlung**

stattfindet, und zwar Prinzenstr. 106 bei Gerth, Vormittags 10 1/2 Uhr. Die alten Statuten werden umgetauscht. Quittungsbuch legitimirt. 512 Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse**

der **Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter** (Deutsche Verwaltung Berlin E.). Montag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Wedding-Park Müllerstraße Nr. 178.** Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung. 2. Wahl eines Kassiers, eines Revisors und eines Beitragsamtlers. 3. Verschiedenes. [505]

**Fachverein der Tischler.**

Montag, den 25. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, **Versammlung** Elisabethstr. 6 bei Herrn Altan. Tages-Ordnung:  
1. Was bezweckt der Fachverein und wie ist derselbe am besten zu fördern. 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste willkommen. [518]

**Wichtig für Hausfrauen, Waschanstalten etc. Seifenpulver**

von **F. E. Leisel, Mühlheim am Rhein.**  
Dasselbe ist **anerkannt das beste, billigste und bequemste Waschpulver** und hat sich in Hunderten von Haushaltungen ganz unentbehrlich gemacht. Man erzielt damit **blendend weiße Wäsche**, auch ohne Bleiche, und **Zeit und Geld bei größter Schonung der Stoffe.** Das viele Reiben der Wäsche wird vermieden und bleibt dieselbe **wiel länger in gutem Zustande**, als bei allen anderen Waschmethoden.

**Die Anwendung ist ganz einfach:**  
Man löst 1/2 Pfund Seifenpulver in etwas kochendem Wasser durch Umrühren vollständig auf und vermischt diese Lösung mit 25-30 Liter (kalt bis 3 Eimer) lau warmem Wasser. Hierin weicht man die Wäsche ein und löst sie über Nacht darin liegen. Am folgenden Tage wird die Wäsche in warmem Wasser ausgewaschen. Man wird dabei finden, daß sich der Schmutz von selbst vollständig löst und bei leichtem Reiben sogleich verschwindet. Beim Kochen der Wäsche bürsten, Türen und Fenstern, sowie zum Reinigen von Geschirren.

Laut Analyse enthält dieses Seifenpulver keine der Wäsche schädlichen Stoffen, sondern konservirt dieselbe. Jeder selbst angestellte Versuch wird ergeben, daß **Seisel's Seifenpulver** behaupteten Eigenschaften wirklich besitzt. Dasselbe ist zu haben in Packeten von je 1/2 Pfund Inhalt zum Preis von 20 Pfennig pro Stück. Verkaufsstellen haben die Herren **Reimann, Bulowerstraße 10, Mota, Straße 104, übernommen.**

**Hugo Jacobsohn & Co. General-Debiturs, Berlin S., Dresdener-Str. 106.**

**Aufforderung!**

Alle diejenigen, welche in der Versammlung des Arbeiter-Verkehrsvereins „Unser Tag“ am 29. September 1885 in Annd's Saal, Neue Friedrichstraße 44, amwesend waren, und Genaueres über die Verfassung des Unterzeichneten ausfragen können, mögen ihre Adresse an **Robert Schulte**, Veteranenstraße 6, Hof 1, abgeben.

**Sonntag Vormittag 10 1/2 Uhr, Versammlung**

sämmtlicher Branchen des **Buchbinder-Gewerbes** im Lokale „**Jausouct**“, Kottbuserstr. 4a. Tagesordnung siehe Anschlagzäulen. [506]

**Die Mitglieder**

der **freireligiösen Vereinigung** werden gut thun, da die Wahl am 25. Januar, Abends 8 Uhr, nicht fortgesetzt wird, alle zu erscheinen theklar muß Herr Wieden gemüß

**Arbeitsmarkt**

Ein tüchtiger, ordentlicher, findet dauernde Beschäftigung. Ansprüchen unter P. S. 12 an dieses Blattes.  
Einen **Möbelpolsterer** verlangt Scharnhorststr. 17, III.